

Stenographisches Protokoll

6. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 32. Gesetzgebungsperiode
Freitag, 06. Juli 2018

Inhalt

Fragestunde (S. 458)

Aktuelle Stunde (S. 461)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: „Kooperation UKH Klagenfurt und Klinikum Klagenfurt“

Redner: Redecsy (S. 461), Darmann (S. 463, 472), Malle (S. 464), Köfer (S. 465), Seiser (S. 466), Trettenbrein (S. 467), Häusl-Benz (S. 468), Rohrer (S. 468), Leyrouz (S. 469), Gaggl (S. 470), Prettnner (S. 471, 473)

Zur Geschäftsordnung: Darmann (S. 473)

Tagesordnung (S. 474)

1. Ldtgs.Zl. 105-1/32:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Soziales zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatterin: Feistritzer (S. 474)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 475)

2. Ldtgs.Zl. 26-1/32:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung zur Regierungsvorlage betreffend die Verordnung der Landesregierung, mit der die Geschäftsordnung der Kärntner Landesregierung geändert wird

./ mit Verordnung

Berichterstatter: Sandrieser (S. 476)

Redner: Köfer (S. 476), Leyrouz (S. 476)

Mehrheitliche Annahme (SPÖ: ja, FPÖ: nein, ÖVP: ja, TKK: nein) (S. 476)

3. Ldtgs.Zl. 75-17/32:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses

zum selbständigen Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs vom 21.6.2018 gemäß § 27b K-LTGO auf Überprüfung durch den Landesrechnungshof betreffend die Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Landesholding bzw. deren Rechtsnachfolger Kärntner Beteiligungsverwaltung

Berichterstatter: Leyrouz (S. 477)

Einstimmige Annahme (S. 477)

4. Ldtgs.Zl. 18-44/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Gaggl

Berichterstatter: Leikam (S. 478)

Einstimmige Annahme (S. 478)

5. Ldtgs.Zl. 18-45/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Leyrouz

Berichterstatter: Leikam (S. 478)

Einstimmige Annahme (S. 479)

6. Ldtgs.Zl. 18-46/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Dritten Präsidenten Lobnig

Berichterstatter: Leikam (S. 479)

Einstimmige Annahme (S. 479)

7. Ldtgs.Zl. 18-47/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der

Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Prasch

Berichterstatter: Leikam (S. 480)

Einstimmige Annahme (S. 480)

8. Ldtgs.Zl. 18-48/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Rauter

Berichterstatter: Leikam (S. 480)

Einstimmige Annahme (S. 481)

9. Ldtgs.Zl. 18-49/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige der Abgeordneten Rohrer

Berichterstatter: Leikam (S. 481)

Einstimmige Annahme (S. 481)

10. Ldtgs.Zl. 18-50/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Sandrieser

Berichterstatter: Leikam (S. 482)

Einstimmige Annahme (S. 482)

11. Ldtgs.Zl. 18-51/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Scherwitzl

Berichterstatter: Leikam (S. 482)

Einstimmige Annahme (S. 483)

12. Ldtgs.Zl. 18-52/31:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6

und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Zweiten Präsidenten Strauß

Berichterstatter: Leikam (S. 483)

Einstimmige Annahme (S. 483)

13. Ldtgs.Zl. 18-53/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Tiefnig

Berichterstatter: Leikam (S. 484)

Einstimmige Annahme (S. 484)

14. Ldtgs.Zl. 18-54/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Trettenbrein

Berichterstatter: Leikam (S. 484)

Einstimmige Annahme (S. 485)

15. Ldtgs.Zl. 43-8/32:

Mündliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Staudacher betreffend Montessori-Zweig der VS West in Spittal/Drau (S. 485)

16. Ldtgs.Zl. 14-3/32:

Mündliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Klubobmannes Darmann betreffend Änderung der Kärntner Landeshymne (S. 486)

Zur Geschäftsordnung: Darmann, Antrag gem. § 23 Abs. 1 K-LTGO auf Debatte in der nächsten Sitzung – Einstimmige Annahme (S. 488)

17. Ldtgs.Zl. 117-1/32:

Mündliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Klubobmannes Darmann betreffend Diversionen im Landesdienst seit 2013 (S. 488)

Mitteilung des Einlaufes (S. 489)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 489)

1. Ldtgs.Zl. 210-4/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs und ÖVP-Klubs betreffend Kooperation des Klinikums Klagenfurt mit dem von der AUVA betriebenen Unfallkrankenhaus Klagenfurt

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 489)

Einstimmige Annahme (S. 489)

2. Ldtgs.Zl. 117-3/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Reduzierung der Dienstzeit-Höchstgrenzen im Landesdienst von 13 auf 12 Stunden sowie Verankerung

des Freiwilligkeitsprinzips für das Leisten von Überstunden

Zur Begründung der Dringlichkeit: Staudacher (S. 490), Sandrieser (S. 491)

Zur Geschäftsordnung: Scherwitzl (S. 490)

Die Zuerkennung zur Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: nein) (S. 491)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung (S. 492)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 492)

C) Schriftliche Anfragen (S. 492)

Beginn: Freitag, 06.07.2018, 09.08 Uhr

Ende: Freitag, 06.07.2018, 11.19 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.08 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Ing. Rohr**,
Zweiter Präsident **Strauß**, Dritter Präsident **Lobnig**

Anwesend: 35 Abgeordnete

Entschuldigt: **Klocker**

Mitglieder der Landesregierung:
Landeshauptmann **Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Schaunig-Kandut**, Landesrat **Fellner**, Landesrätin **Schaar**, Landesrat **Gruber**, Landesrat **Zafoschnig**,

Bundesräte: **Novak**, **Appé**, **Ofner**, **Leitner**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 6. verlangten Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese! Ich begrüße die anwesenden Regierungsmitglieder! Die Regierungsbank ist vollzählig besetzt, der Herr Landeshauptmann mit seinen beiden Stellvertre-

rinnen, die Frau Landesrätin Schaar, der Herrn Landesrat Fellner, der Herrn Landesrat Zafoschnig, auch der Herr Landesrat Gruber, den ich schon gesehen habe! Ich begrüße alle anwesenden Bundesräte, die Mitarbeiter der Regierung, den Landesamtsdirektor Dr. Platzer, seinen Stellvertreter, DDr. Matschek, vom Landesrechnungshof den Herrn Direktor Bauer, ebenso den Vertreter der Verfassungsabteilung! Ich darf auch einige Besucher – eine Besucherin und einige interessierte Besucher – auf unserer Zuhörergalerie begrüßen, wie ich natürlich auch die anwesenden Medienvertreterinnen und Medienvertreter begrüße! Wir wissen, dass auch der Livestream in seiner neuen Qualität vielfach von Medienvertreterinnen und -vertretern auch aus den Redaktionen mitverfolgt wird und die Berichterstattung dann teilweise darauf aufbaut. Ebenso begrüße ich alle interessierten Kärntnerinnen und Kärntner und darüber hinaus die Menschen, die Interesse an der Arbeit des Kärntner Landtages haben! Gemäß § 44 Abs. 2 Kärntner Landtagsgeschäftsordnung mit Artikel 21 Kärntner Landesverfassungsgesetz haben die Antragsteller SPÖ, ÖVP und Team Kärnten die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages zum

Ing. Rohr

Thema „Kooperation des Klinikums Klagenfurt mit dem von der AUVA betriebenen Unfallkrankenhaus Klagenfurt“ angekündigt. Die heutige Sitzung wurde fristgerecht eingeladen. Entschuldigt für die heutige Sitzung ist der Herr Abgeordnete Gerhard Klocker. Für die Verfassungsabteilung nimmt Herr Mag. Christian Burgstaller an der heutigen Landtagssitzung in Stellvertretung von Herrn Dr. Edmund Primosch teil. Der Landtag ist beschlussfähig. Wir haben zwei Geburtstage, die noch zu begratulieren sind: Am 23. Juni hat Stefan Sandrieser seinen

Geburtstag gefeiert. Am 07. Juli, das wird morgen sein, wird der Freiheitliche Klubobmann Mag. Darmann seinen Geburtstag feiern. Ich wünsche den Geburtstagskindern alles Gute, viel Erfolg und gutes Gelingen bei der Verrichtung ihrer verantwortungsvollen Aufgabenstellungen! Ich denke, das verdient auch einen entsprechenden Applaus für die Geburtstagskinder! (*Beifall im Hause.*)

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn der Sitzung zur

Fragestunde

Es liegen zwei Anfragen zur Behandlung in der Fragestunde auf.

1. Ldtgs.Zl. 22/M/32:**Anfrage des Abgeordneten Prasch an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut**

Ich darf ihn bitten, diese vom Rednerpult aus zu stellen!

Abgeordneter **Prasch** (TKK):

Sehr geehrter Herr Präsident! Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer, Medienvertreter! Gleich vorweg, weil es immer um diese ominöse A4-Seite geht, ich mir einen Rüffel des Präsidenten ersparen möchte, weil ich drei Seiten habe, das ist immer eine Frage des Verhältnisses, deshalb habe ich das so mitgebracht, damit man sieht, es geht auch kleiner. (*Der Redner, seine Unterlagen in die Höhe haltend. – KO Darmann humorvoll: Das war schon die halbe Seite!*)

Viele Kärntnerinnen und Kärntner kennen diese Situation. Man arbeitet und lebt in Kärnten, schafft sich mühevoll Ersparnisse und will sich innerhalb des Bundeslandes ein kleines Häuschen auf einer Alm oder Ähnliches leisten, um innerhalb unseres Bundeslandes Urlaub machen oder sich eine Auszeit gönnen zu können. Prompt schnappt dann in den Kärntner Gemeinden die finanzielle Falle namens „Zweitwohnsitzabgabe“ zu. Eine Abgabe, die anfällt, obwohl

auch alle anderen kommunalen Abgaben ohnehin entrichtet werden müssen. Besitzer eines kleinen Häuschens auf der Alm sind demnach klar schlechtergestellt gegenüber Besitzern von Kleingärten im Sinne des § 1 des Kleingartengesetzes, für die Ausnahmen von der Abgabepflicht bestehen. Hier ist eine Ungerechtigkeit zu verorten. Dazu meine Frage:

Wann werden Sie bezüglich des Kärntner Zweitwohnsitzabgabegesetzes (K-ZWAG) einen Novellierungsvorschlag vorlegen, welcher insbesondere der nicht nachvollziehbaren zusätzlichen Belastung von Kärntner Bürgern, die in unterschiedlichen Gemeinden entsteht, Einhalt gebietet?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Regierungskolleginnen und -kollegen! Geschätzte Abgeordnete! Herr Abgeordneter Prasch, gemäß § 50 Absatz 1 des Gesetzes vom 11. Juli 1996 über die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages, LGBl. Nr. 87/1996, sind Anfragen an das nach der Referatseinteilung der Landesregierung zuständige Mitglied der Landesregierung zu richten.

Schaunig-Kandut

Gemäß der Verordnung der Landesregierung vom 12. April 2018, mit der die Referatseinteilung erlassen wird, LGBl. Nr. 30/2018, ist anzumerken, dass Fragen zum Kärntner Zweitwohnsitzabgabegesetz, welches die Ermächtigung normiert, eine Gemeindeabgabe auszuschreiben, in den Zuständigkeitsbereich von Herrn Landesrat Ing. Daniel Fellner fallen und ich bitte, die Anfrage an ihn zu stellen! (*Abg. Prasch: Super! Dankeschön! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Anfrage erledigt. Bitte, wenn es noch Auskunftswünsche gibt, diese an den zuständigen Referenten zu stellen! Ich darf die zweite Anfrage

2. Ldtgs.Zl. 23/M/32:

Anfrage Dritter Präsident Lobnig an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut

aufrufen und bitte den Präsidenten, diese vom Rednerpult aus zu stellen!

Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren der Regierung! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Meine sehr verehrte Finanzreferentin! Die Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft wird doch direkt und indirekt mit Finanzmitteln des Landes Kärnten ausgestattet. Konkret erhält diese Landesgesellschaft mehrere Millionen Euro an Steuergeldern. Dies unter anderem auch für den laufenden Betrieb sowie für den Personal- und Sachaufwand. Der Personal- und Sachaufwand ist in den letzten Jahren massiv gestiegen und es erfolgten auch Stellenbesetzungen ohne öffentliche Ausschreibungen. Trotz Detailfragen von den Freiheitlichen als Kontrollpartei wurde hier von der Landesregierung eine Mauer des Schweigens gebildet und wurden uns bis dato keinerlei Auskünfte darüber erteilt. Der Kärntner Landtag hat allerdings die Pflicht, zu kontrollie-

ren, was konkret mit dem Steuergeld der Kärntnerinnen und Kärntner unternommen wurde und wir werden natürlich auch immer so lange nachfragen, bis wir zu diesen Antworten kommen. In den Jahren 2016 und 2017 hat die BABEG die Website aktualisiert und wir möchten gerne wissen, und daher stelle ich an Sie meine Frage:

Wie hoch waren die Kosten der Website der Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungs GmbH?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin
Schaunig-Kandut (SPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungskolleginnen und -kollegen! Geschätzte Abgeordnete! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Sehr geehrter Herr Präsident Lobnig! Sie wissen, das Fragerecht gemäß Artikel 67 der Kärntner Landesverfassung, zuletzt geändert durch die Novelle LGBl. Nr. 25/2017, in Verbindung mit § 22 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages in der geltenden Fassung umfasst alle einschlägigen Auskünfte aus dem Bereich der Landesvollziehung. Auf der Bundesebene gibt es Rechtssicherheit bezüglich des Fragerechtes, weil es dort ein Kontroll- und Fragerecht des Nationalrates und des Bundesrates durch die 1993 vorgenommene Neuformulierung des Artikel 52 Absatz 1 und Absatz 3 B-VG gibt. Das bezieht sich dann auch auf Unternehmungen und ausgegliederte Rechtsträger des Bundes. Für die landesrechtlichen Bestimmungen fehlt eine solche einschlägige Grundlage. Unter Zugrundelegung der bundesrechtlichen Bestimmungen und der Rechtsauffassung, dass das Fragerecht der Kärntner Landtages trotz des Fehlens einer solchen Bestimmung in der Landesverfassung im gleichen Umfang auszulegen ist, wie es sich aus den bundesrechtlichen Bestimmungen und der daraus abgeleiteten Lehrmeinung ergibt, wird davon ausgegangen, dass die Landesgesellschaften ebenso wie die ausgegliederten Rechtsträger des Landes, soweit sie dem Aufgabenbereich des Mitglieds der Kärntner Landesregierung zuge-

Schaunig-Kandut

ordnet sind, vom Fragerecht umfasst sind. Allerdings ist es ebenfalls herrschende Rechtsmeinung, dass das Interpellationsrecht nur so weit reicht, als der Landesregierung, ob kollegial oder monokratisch, rechtliche Einflussmöglichkeiten – etwa in Form von Weisungsrechten – zukommen. In Bezug auf Ihre Anfrage kann festgehalten werden, dass die BABEG zu 47,7 Prozent im Eigentum des Landes Kärnten steht. Damit sind Weisungsrechte der Landesregierung in dieser Gesellschaft nicht gegeben.

Bezugnehmend auf Ihre konkrete Anfrage zu den Kosten der Website darf ebenfalls festgehalten werden, dass dieses Thema nie Gegenstand von Eigentümer-Entscheidungen war, sondern es sich hier um Angelegenheiten des operativen Betriebs des Unternehmens handelt. Ich verstehe aber Ihr Interesse, und ich habe versucht, einen Ansatz zu finden, wie ich Ihre Frage beantworten kann. Und ich hoffe, dass ich den auch gefunden habe, nämlich über den Umweg, dass man zumindest nicht ausschließen kann – wenn auch nicht belegen – dass direkte Landesmittel dort eingeflossen sind, habe ich den Geschäftsführer der BABEG ersucht, mir eine Stellungnahme zur Homepage zukommen zu lassen, die ich Ihnen zur Kenntnis bringen darf.

Seit der Gründung der BABEG bis zum Jahr 2015 hatte die BABEG keine eigene Homepage. Im Rahmen der Wirtschaftsstrategie Kärnten 2013 bis 2020 wurde die BABEG 2016 neu ausgerichtet – Sie wissen, es wurden ihr neue Aufgaben übertragen – und es erfolgte nicht nur die operative Übernahme des Geschäftsfeldes Betriebsansiedelung, sondern es wurde die BABEG auch um zusätzliche Aufgabenbereiche erweitert. Diese Aufgabenbereiche umfassen Betriebsansiedelung, das Standortmanagement und die Standortentwicklung, das FDI-Management, also die Beteiligung auch an unseren Forschungseinrichtungen, sowie ein umfassendes Beteiligungsmanagement. Aus diesem Grund war die Erstellung beziehungsweise Errichtung einer BABEG-Homepage für den Außenauftritt, insbesondere für den Bereich der Betriebsansiedelung, Informationen für Unternehmen, welche am Standort Kärnten interessiert sind, notwendig und eine wesentliche Voraussetzung. Diese Homepage umfasst auch – und das ist sehr innovativ – ein Online-Anmelde-Tool für Akquisitionsveranstaltungen in Italien, Slowenien und Deutschland. Die neue BABEG-Homepage wur-

de basierend auf Recherchen zur Wirtschafts-, Technologie- und Forschungslandschaft in Kärnten getextet, erstellt. Und basierend auf diesen Texten, auf den neuen Programmierungen, wurde die Webstruktur für die neue BABEG-Homepage erstellt, welche auch strategisch begleitet wurde, sodass die zukünftige Kommunikation der BABEG einen einheitlichen Gesamtauftritt darstellt. Die Kosten für die Programmierung, die Erstellung des graphischen Designs, der Textierung, der strategischen Begleitung, der Recherche-Arbeiten belaufen sich brutto auf € 60.666,14. Diese Kosten wurden bereits vom KWF einer Prüfung unterzogen, bei welcher es keinerlei Feststellungen gab. Ich hoffe, Ihre Frage beantwortet zu haben, und ich denke es ist daran zu erkennen, dass ich zumindest kreativ nach einem Lösungsansatz gesucht habe, um Ihnen diese Fragestellung auch entsprechend zu beantworten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich weder bei der SPÖ noch bei der ÖVP. Der Anfrager hat die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Ist das gewünscht? *(3. Präs. Lobnig: Jawohl!)*

Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Ich habe noch eine Zusatzfrage, und zwar: Wir haben natürlich im Kärntner Landesdienst die Stellen, beispielsweise in der Straßenverwaltung, öffentlich ausgeschrieben, einem Objektivierungsverfahren unterzogen, während in der BABEG hochbezahlte Führungspositionen wie Prokuristen freihändig bestellt werden.

Meine Frage lautet, wieso nicht dort auch ein Objektivierungsverfahren zum Zug kommt?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin
Schaunig-Kandut (SPÖ):

Geschätzter Präsident Lobnig! Sie wissen, dass das Anfragerecht in Bezug auf Landesgesellschaften eingeschränkt ist und ich auch keine Möglichkeit habe, bei einer Zusatzfrage zu prüfen, ob ich eine rechtliche Möglichkeit finde, derartige Anfragen zu beantworten. Ich werde das aber gerne tun und versuchen, eine Möglichkeit für alle Anfragen des Landtages zu finden. Ich darf aber auch darauf verweisen, dass es offenbar ein großes Informationsbedürfnis der Abgeordneten zum KWF und zur BABEG gibt. Ich habe das gestern im Ausschuss bereits festgestellt, dass vielfach das Wissen über die umfangreiche Tätigkeit und das Angebot der Gesellschaften nicht vorhanden ist. Ich habe daher beide Geschäftsführer gebeten, dass man eine Informationsveranstaltung für die Abgeordneten organisiert. Ich glaube, es gibt bereits Terminabsprachen mit dem Präsidenten des Landtages und dort wird es sicher die Möglichkeit geben, sich ein wirklich umfassendes Bild zu machen. Wir haben ein breites Service-Angebot, das von Unternehmen in Kärnten, über Kärnten und über die Landesgrenzen Österreichs hinaus in Anspruch genommen wird. Und ich glaube, das wird ein Informationsangebot sein, das auch für die Abgeordneten hochinteressant ist.

Zu Ihrer konkreten Anfrage: Ich bitte Sie, mir die Möglichkeit zu geben, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu prüfen, vielleicht die Anfrage noch einmal zu stellen und ich werde versuchen, auch hier Antwortmöglichkeiten zu finden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – 3. Präs. Lobnig: Danke sehr!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Dazu darf ich ergänzend feststellen, es gibt schon den Versuch der Koordination, bei KWF und BABEG mit entsprechenden Terminvorschlägen festzumachen, wann diese Informationsveranstaltung stattfinden kann. Wir haben es ja auch in der Vergangenheit schon so gehabt, dass es immer wieder auch Informationen über die Arbeit des KWF gegeben hat – direkt im Haus beim KWF – und es wird aller Voraussicht nach dann auch zum gegebenen Zeitpunkt, wenn der Termin fixiert ist, irgendwann im September eine Einladung an die Damen und Herren Abgeordneten geben, und ich bitte, davon auch umfassend Gebrauch zu machen! *(KO Darmann: Geschäftsordnung erst in der Tagesordnung?)* - Geschäftsordnung ist erst in der Tagesordnung möglich!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir die Fragestunde abgearbeitet.

Wir haben nun 9 Uhr und 24 Minuten und starten die Aktuelle Stunde. Vorher darf ich noch den Betriebsrat des Landeskrankenhauses, Günther Kanduth, mit Mitarbeiterin und Kollegen *(Zuruf von der Tribüne: UKH!)* – UKH, Entschuldigung! UKH! Habe ich schlecht gelesen, LKH – UKH, UKH selbstverständlich! Entschuldigung! – sehr, sehr herzlich auf unserer Galerie begrüßen, die natürlich das Thema der heutigen Aktuellen Stunde mit Sicherheit aufmerksam und interessiert verfolgen werden!

Aktuelle Stunde

Das Thema der Aktuellen Stunde lautet: „Koooperation UKH Klagenfurt und Klinikum Klagenfurt“. Nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe und ich darf als erstem Redner in der Aktuellen Stunde dem Abgeordneten der SPÖ, David Redecsy, das Wort erteilen! Ich verweise auf die Redezeit von fünf Minuten!

Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Werte Zuhörer! Werte Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Die heutige Aktuelle Stunde beschäftigt sich mit einem wirtschaftlich sinnvollen Projekt im Gesundheitswesen, nämlich mit der Vereinigung des UKH Klagenfurt und des Klinikums Klagenfurt auf einem Standort. Diese Vereinigung

Redecsy

dieser beiden Krankenhäuser auf einem Standort hat mannigfaltige positive Effekte, sowohl für beide Betreiber als auch für die Kärntner Bevölkerung. Und lassen Sie mich kurz ausführen, welche das sind.

Die Kooperation schafft eine qualitative Win-win-Situation, nämlich einen Gewinn wie gesagt für alle drei Beteiligten, sowohl die beiden Betreiber als auch die Patienten. Die Aufwertung des UKH Klagenfurt zu einem überregionalen Traumazentrum Level 1 durch die Implementierung des Klinikums Klagenfurt einerseits, die Standortsicherung des UKH als nicht mehr Stand-alone-Unfallkrankenhaus, sondern als ein im Verbund des Klinikums eingebettetes Unfallkrankenhaus macht absolut Sinn! Der gegenseitige Austausch von Best Practice im Bereich Medizin und Pflege, aber auch in der Verwaltung, ist ein absolut positiver Effekt dieser Kooperation. Über die ökonomischen Vorteile lassen Sie mich später noch etwas sagen. Auch im Bereich der KABEG ist es natürlich sinnvoll, eine verbesserte Leistung im unfallchirurgischen Bereich, im orthopädischen Bereich abzudecken. Hier muss man sagen, die Expertise des UKH Klagenfurt ist in Kärnten wahrscheinlich einzigartig. Der gegenseitige Austausch der Medizin und Pflege war schon erwähnt und betrifft natürlich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums. Die Versorgung der unfallchirurgischen Patienten kann aus einer Hand erfolgen, es gibt kein Problem mehr bei der multidisziplinären Versorgung der Patienten. Stellen Sie sich vor, Sie kommen nach einem Unfall mit Organschäden und auch anderen Problemen in ein Krankenhaus und es muss der zuständige Gefäßchirurg oder Gesichtschirurg oder wer auch immer vom Klinikum Klagenfurt ins UKH fahren. Diese Situation ändert sich hier schlagartig und wir kommen in eine Situation, wo alle Ärzte und alle Experten an einem Standort zur Verfügung stehen. Das ist moderne Medizin, das ist zukunftssträchtige Medizin und definitiv die bestmögliche Versorgung, die wir den Kärntner Unfallpatienten bieten können! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und KO Malle.)*

Aber auch die Übertragung von 27 unfallchirurgischen Betten und 36 orthopädischen Betten des Klinikums an das UKH Klagenfurt ist ein Meilenstein, denn diese 63 Betten werden dem UKH die Möglichkeit bieten, auch im LKF-Modell finanzieren zu können. Und auch das ist

ein wesentlicher und richtungsweisender Schritt in die Zukunft. Diese angestrebten 126 Normalstationsbetten, davon 50 zu 50-Regelung UKH und Klinikum, das sind Dinge, die wir mit diesem Projekt forcieren können. Eine orthopädisch-traumatologische Intensivpatienten-Betreuung der Kategorie 1 und 2 durch die Expertise des UKH Klagenfurt und eine darüber hinausgehende im Bereich der Kategorie 3 durch das Klinikum Klagenfurt in der anästhesiologischen Intensivstation ist mehr als sinnvoll für die perfekte Versorgung unserer Patienten. Auch die Nutzung der radiologischen, labortechnischen und konsiliarmedizinischen Versorgung durch das Klinikum Klagenfurt für unfallchirurgische Patienten ist ein Meilenstein. Die Versorgung in diesem Bereich ist definitiv am Standort des Klinikums besser und größer ausgebaut – no na nit, das ist ja auch der Zentralversorger in Kärnten! Diese Kooperation macht, wie wir gesehen haben, auch hier Sinn. Auch die Aufbereitung von Medizin-Produkten wird vereinfacht durch eine der modernsten Aufbereitungsanlagen für Medizin-Produkte im Klinikum Klagenfurt. Ein weiterer Benefit, die Speisen- und Wäsche-Versorgung aus einer Hand, aber auch die Kooperation bezüglich der Versorgung von Apotheken-Bütern, denn hier kann in einer größeren Menge natürlich günstiger eingekauft werden.

Durch die Kooperation stehen auch bei polytraumatisierten Patienten, wie gesagt, alle Fachgebiete zur Verfügung. Ein wesentlicher Benefit in der demographischen Entwicklung ist natürlich auch die Versorgung von geriatrischen Patienten nach Unfallerkrankungen durch das Alters-Trauma-Zentrum im Klinikum Klagenfurt und im UKH. Dieses Alters-Trauma-Zentrum, getragen auch von den Geriatern des Klinikums, ist ein wesentlicher Bestandteil der Kooperation und ein wesentlicher Vorteil für die ältere Generation in Kärnten.

Meine Damen und Herren! Die Hausaufgaben wurden gemacht seitens der AUVA, seitens des Klinikums Klagenfurt und der KABEG. Wir stehen momentan an einem Stand, wo die Grundsatzvereinbarung schon längst unterschrieben ist. Wir haben einen vorgefertigten Kaufvertrag, der von allen Gremien *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* in der KABEG und in der AUVA beschlossen worden ist. Dementsprechend darf ich bitten, Frau Minister Hartinger, stehen Sie diesem Projekt nicht

Redecsy

im Wege und unterschreiben Sie die Vereinbarung! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner in der Aktuellen Stunde zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Freien, Mag. Darmann. Ich erteile ihm dieses!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident, für das erteilte Wort! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Geschätzte Zuseher auf der Galerie und Zuhörer zu Hause! Ich möchte eingangs unmissverständlich festhalten, dass die FPÖ Kärnten zur Zusammenführung der Abteilungen Orthopädie und Traumatologie im UKH und im Klinikum steht und das für uns außer Streit steht, *(Beifall im Hause.)* für uns diese Zusammenlegungen von erster Sekunde an außer Streit gestanden sind! Aber nicht nur, weil es grundvernünftig ist, diesen Schritt zu setzen, sondern weil es zuletzt auch nach dem Strukturplan, der ja gesetzlich vorgegeben ist, sogar eine Verpflichtung ist, diese Zusammenführung stattfinden zu lassen. Für uns ist es aber doch etwas irritierend, in welcher Art und Weise in der letzten Woche diese heutige Sondersitzung angekündigt wurde, da es für uns nichts weiter ist als eine Panikmache und eine Angstmache einerseits gegenüber den Patienten von UKH und Klinikum Klagenfurt, auf der anderen Seite aber auch gegenüber der Belegschaft, der Pflegekräfte, der Ärztinnen und Ärzte, die natürlich bis zur Umsetzung dieser Zusammenführung für bestmögliche Qualität in der Patientenversorgung garantieren, und das schon heute und die das auch in den nächsten Monaten tun werden. Denn es ist schlichtweg verantwortungslos, hier in einer politischen Debatte, diese auf dem Rücken der Patienten, aber auch der Ärztinnen und Ärzte und der Pflegekräfte auszutragen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Geschätzte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen hier im Kärntner Landtag! Werte Regierungsmitglieder! Ich war gestern im Unterschied zu Ihnen bei der Frau Bundesministerin für Gesundheit. Ich habe gestern mit der Frau Kollegin Hartinger-Klein besprechen können, in welche Richtung es hier in Kärnten gehen sollte,

im Sinne der Patientinnen und Patienten in der Gesundheitsversorgung im Land Kärnten. Mir ist im Zuge dieses Gesprächs, weil es mich natürlich interessiert hat, mitgeteilt worden, dass es letzte Woche bei der Zielsteuerungskommission ein Randgespräch, praktisch einen inhaltlichen Streifschuss von einer Minute gegeben hat, und mehr hat es nicht gegeben! Ich frage mich, wo ist die Verantwortung der zuständigen Gesundheitsreferentin, dann auch eine weitere Gesprächsrunde einzufordern und sich auch inhaltlich weiter auszutauschen? Weil dann hätten Sie auch gewusst und das mit nach Kärnten nehmen können, Frau Referentin – *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion.)* - Ich ersuche doch, hier bei diesem wichtigen Thema für die Patientinnen und Patienten in Kärnten nicht mit Zwischenrufen zu glänzen, sondern das auch sachlich abzuhandeln! Mir geht es darum, hier auch festzumachen, dass in der letzten Woche am Freitag die Frau Gesundheitsreferentin Prettnner klar von der Frau Gesundheitsministerin gehört hat, dass auch die Gesundheitsministerin zu dieser Zusammenführung steht und diese auch umsetzen will! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Das ist, bitteschön, Faktum! Das ist mir gestern auch bestätigt worden und deswegen habe ich mich gestern auch im Parlament persönlich dafür eingesetzt, dass es bei der gestern Abend beschlossenen Ausgabenbremse im Bereich der Versicherungsträger bis zur Umsetzung der Strukturreform bei den Versicherungsträgern zu einer Ausnahmeregelung für die AUVA kommt. *(LH Kaiser deutet mit Handzeichen eine Unterschriftsleistung an. – Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Wir haben das auch dort entsprechend hineinreklamiert. *(Zuruf aus der SPÖ-Fraktion: Warum hat sie nicht unterschrieben?)* Wir haben das auch zur Umsetzung gebracht bei der Plenarsitzung. Sie wissen das selbst, weil einige Ihrer Vertreter dort auch anwesend waren und es dort auch entsprechend beschlossen wurde. Und es ist gestern passiert! Nicht umsonst habe ich gestern auch im Zuge der Plenarsitzung doch einige Stunden auch gewartet, um dann ein sehr informatives und doch sehr konstruktives, wie man am Schluss sieht, Gespräch mit der Gesundheitsministerin zu führen, denn es geht hier immerhin um die Gesundheitsversorgung in Kärnten! Es geht hier immerhin um eine wichtige, unbestreitbar wichtige Zusammenführung von UKH und Klinikum in den Bereichen Orthopä-

Darmann

die und Traumatologie. Auf der anderen Seite geht es aber auch darum – und auch das ist nachvollziehbar – im Bereich der Versicherungsträger, der Sozialversicherungsträger, endlich im Bereich der Verwaltung Einsparungspotential zu heben! Weil wir dürfen eines nicht vergessen, und das hat es im Jahr 2015 gegeben und selbst damals haben viele im Land die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen: Es haben alle gewusst, dass es diese Zusammenführung auf Grund und Boden des Klinikums geben wird - (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*) - Dankeschön, Herr Präsident - und was hat die AUVA gemacht? 6 Millionen Euro in einen Verwaltungstrakt beim UKH investiert! Das war verantwortungslos, weil man ja gewusst hat, dass es kommen wird! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Und wer hat seit den Beschlüssen im Jahr 2016, wo die Frau Gesundheitsreferentin mitgeteilt hat, dass die Standort-Entscheidung für die Chirurgie Ost gefallen ist, Ende 2016 alle Verträge fixiert sein werden, wer hat dann in den Jahren seit Juli 2016 bis heute auch die damalige Bundesregierung und den entsprechenden Gesundheitsreferenten in der Bundesregierung gehindert, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) auch diese Verträge zu unterschreiben? Das ist wahrlich eine Frage, die hier zu beantworten ist! (*3. Präs. Lobnig: Fünf Jahre nichts getan!*) Bitte, lassen Sie hier nicht eine parteipolitische Diskussion auf dem Rücken der PatientInnen und Ärzte eskalieren, denn wir alle, ich glaube, querbeet in diesem Landtag, stehen dazu, diese Zusammenführung ehestmöglich umzusetzen! Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der ÖVP, Abgeordneter Markus Malle. Ich erteile ihm dieses!

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Werte Regierungsbank! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Es freut mich, dass wir mitbekommen, dass wir über alle Parteigrenzen hinweg für das Projekt Zusammenführung des UKH Klagenfurt auf dem Gelände des Klinikums sind! Es freut mich vor allem deswegen, weil gestern Abend manche

Wortmeldungen noch in eine andere Richtung gegangen sind! Aber es ist anscheinend so, dass man über Nacht auch gescheitert werden kann und das freut mich sehr! (*3. Präs. Lobnig: Das ist ja nie außer Streit gestanden!*) Für mich ist immens wichtig – und da möchte ich den Kollegen Darmann beim Wort nehmen, und ich gebe ihm zu 100 Prozent Recht: Tragen wir bitte nicht auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten politisches Kleingeld aus! (*Abg. Trettenbrein: Warum habt ihr dann eine Sitzung beantragt?*) Das unterschreibe ich sofort und darum bitte ich die Frau Bundesministerin, nicht auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten ihre Unterschrift zu verweigern! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Trettenbrein: Wo wart Ihr in den letzten Jahren!*) - Ich würde Sie bitten, Herr Klubobmann, auch Ihre eigene Fraktion dazu zu bringen, keine Zwischenrufe bei diesem so wichtigen Thema zu machen, weil das, was Sie von anderen Fraktionen einfordern, sollte auch Ihre eigene Fraktion machen! Aus meiner Sicht ist ganz klar, dass diese Kooperation eine Steigerung der Versorgung der Patienten bringt. Wir werden ein Traumazentrum Level 1 bekommen. Wir werden eine Verbesserung für alle Unfallpatienten in Kärnten zusammenbekommen. Das ist das Wichtigste von diesem Projekt! Darüber hinaus wird es zu ökonomischen Einsparungen kommen. Wenn man sich die Unterlagen der AUVA anschaut, ist hier von fixen Einsparungen von 5 Millionen Euro die Rede und von weiteren 2 Millionen Einsparungspotential, das von Seiten der AUVA jährlich im Zuge dieses Projektes gehoben werden kann! Auf Seiten der KABEG – und das ist, glaube ich, auch wichtig für uns als Land, als Zahler des Nettogebärungsabganges und auch für die Gemeinden, die da mitzahlen – ist zumindest von jährlichen Einsparungen von 2 Millionen die Rede, wobei ich glaube, dass hier wesentlich mehr Potential ist.

Es freut mich sehr, dass wir gestern anscheinend alle dasselbe gemacht haben, weil ich gestern den ganzen Nachmittag damit verbracht habe, nämlich genau diesen einen Satz in den Abänderungsantrag auf Bundesebene hineinzubekommen, damit dieses Projekt auf Bundesebene von dem Gesetz ausgenommen ist und dieses Gesetz sofort eine Kooperation des UKH auf dem Klinikum-Gelände zulässt. Herr Kollege Darmann, danke vielmals, dass Sie hier auch anscheinend

Malle

mitgeholfen haben, dass das auf Bundesebene funktioniert! Da sieht man wieder, dass die guten Kontakte auf Bundesebene auch sinnvoll und notwendig sind, um für das Bundesland Kärnten etwas zustandezubringen! *(Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Strauß.)* Ich glaube, es wäre ein wesentliches und wichtiges Zeichen, dass wir heute ein gemeinsames Signal, ein einstimmiges Signal des Kärntner Landtages an den Bund richten, dass diese Kooperation so schnell wie möglich umzusetzen ist, um die ökonomischen Vorteile für das Land, die ökonomischen Vorteile für die AUVA, aber vor allem die medizinischen Vorteile für die Kärntner Bevölkerung zustandezubekommen! Gehen wir das gemeinsam an und machen wir einen einstimmigen Beschluss beim Dringlichkeitsantrag, der heute noch eingebracht wird! Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Das war jetzt die Rede vom Abgeordneten Markus Malle. Als Nächster am Wort ist der Obmann der IG Team Kärnten, Abgeordneter Gerhard Köfer. Ich darf ihn bitten, zu sprechen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Präsident! Wenn man ein Projekt umsetzen möchte und will und das in kurzer Zeit auch passieren soll, dann sollte man eigentlich diese berühmten Fragen, die ich hier schon mehrfach gestellt habe, auch mit positiven Antworten befüllen können. Was bringt es, wenn man das tut? Was kostet es? Was schadet es oder wem schadet es? Wer profitiert? Gibt es dadurch Einsparungen? Heute haben wir die seltene Gelegenheit, dass wir alle diese Fragen mit einer positiven Antwort eben auch befüllen können, daher verstehe ich die heutige Sondersitzung nicht ganz. Wir haben sie zwar konsequenterweise mitgetragen, nämlich deshalb, weil wir hinter dieser Kooperation ja auch stehen. Sie ist sinnvoll, die Distanzen zwischen der KABEG und der AUVA sind kurz, die Struktur in der Landeshauptstadt ist gegeben. Es ist unbegreiflich, warum man diese Diskussion dann auch führen muss! Es freut mich, wenn

Kollege Darmann gestern in Wien war und der Kollege Malle sich mit diesem Satz beschäftigt hat! Offenbar haben gestern alle das Gleiche getan. Ich habe etwas anderes gemacht, ich habe mich mit diesem Satz nicht beschäftigt. Trotzdem habe ich die Gelegenheit, heute auch hier Stellung zu beziehen. Man sollte doch aufhören, hier zu versuchen, einen Jahrmarkt der Eitelkeiten aufzuführen, wer letztendlich hier dieses Projekt zusammengeführt und wer es gemacht hat! Die Frau Ministerin steht dahinter. Das war, glaube ich, die Aussage. Das freut mich ganz besonders, die FPÖ Kärnten steht dahinter! Diese Sitzung wäre also schon zu beenden, wenn wir eh alle dafür sind. *(Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.– Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Zumindest der Tagesordnungspunkt wäre zu beenden. Der Einfluss von Kärnten in Wien, lieber Herr Kollege Malle, ist enden wollend, muss ich sagen. Ich will das jetzt gar nicht wiederholen, dass wir jetzt im Rahmen dieses EU-Vorsitzes, wo es 300 Veranstaltungen in Österreich gibt, nicht einmal ein Treffen der Chauffeure der Minister hier zusammengebracht haben! Aber es soll so sein!

Es ist die Gesundheit, um die es geht. Das ist halt einmal kein Spielball, den man durch eine parteipolitische Arena treten sollte! Wir sind für diese Kooperation. Sie ist sinnvoll, effizient, sie spart Geld. Es gibt neue Synergie-Effekte, das haben wir auch gehört. Die Patienten profitieren. Das Wohl des Landes sollte eigentlich über dem Wohl der Politik stehen. Es hat auch schon eine Geschlossenheit in dieser Causa gegeben – mehrfach wichtig! Es hat diesen Basisbeschluss der Kärntner Landesregierung vom 14. Juli 2015 gegeben, den wir damals auch gerne mitgetragen, unterzeichnet haben, ein verbindlicher Grundsatzbeschluss für eine Kooperation zwischen der AUVA und dem Klinikum. Es ist also alles auf Schiene. Ich würde mich freuen, wenn der Bau 2019 wirklich begonnen werden könnte, die Inbetriebnahme wäre, glaube ich, 2022 geplant gewesen. Das wäre für uns sehr wichtig! Es gibt auch Einsparungseffekte – und das ist ganz besonders wichtig – von 2 bis 4 Millionen Euro, hier wäre mein Ansatz, dass man diese Mittel zweckgebunden – und das sage ich auch – für die Armutsbekämpfung in Kärnten verwenden könnte. Ich beende meine Rede. Ich hätte noch eineinhalb Seiten vorzulesen oder vorzutragen, aber ich glaube, nachdem hier die große

Köfer

Einigkeit ausgebrochen ist, freue ich mich darauf, dass es dann auch einstimmig angenommen wird! Danke! (*Beifall vom Team Kärnten.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als Nächsten darf ich den Klubobmann der Sozialdemokraten, Herwig Seiser, um seinen Redebeitrag bitten!

Klubobmann **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich bin nicht ganz der Meinung meiner Vorredner. Diese Sonderlandtagssitzung ist keine Panikmache, sondern diese Sonderlandtagssitzung ist etwas, was der Gesetzgeber zu tun hat, nämlich ein Bekenntnis abzulegen zu einem gesundheitspolitisch vernünftigen Projekt, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.*) das nicht immer außer Streit gestanden ist. Erinnern wir uns an die Aussagen der Minister im Jänner dieses Jahres, die sich dann ja auch massiv geändert haben. Ich werde mich auch nicht am Vaterschaftsstreit beteiligen, wer jetzt was, welche Sätze irgendwie wo geändert hat, sondern ich kann nur den Verantwortlichen der AUVA und in der KABEG ein herzliches Danke dafür sagen, welche Reform und welche Kooperation sie hier vorbereitet haben! Das sind die wirklichen Väter einer gesundheitspolitisch vernünftigen Maßnahme! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Meine geschätzten Damen und Herren! „Mir geht es nicht um das Zerschlagen, es geht um eine Reform. Mir ist wichtig, Patienten und Versicherte in den Mittelpunkt zu stellen.“ – Aussage der Frau Minister Hartinger-Klein am 10. April 2018. Für die AUVA-Spitäler hat Hartinger-Klein bereits Entwarnung gegeben und eine Bestandsgarantie abgegeben: „Mir ist es ein persönliches Anliegen, dass alle Leistungen in vollem Umfang für die Bevölkerung erhalten bleiben.“ Und dann noch: „Die Sorge ist unbegründet“ – also, die Sorge der Zerschlagung – „denn die hohe Kompetenz der Unfallkrankenhäuser braucht es auch künftig, aber mit einer noch besseren Verschränkung sowie der Abgleichung von Behandlungsqualität mit den Trägern der Landeskrankenhäuser und Rehabilitations-

einrichtungen.“ Und genau das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, haben wir gemacht, und genau das haben KABEG und AUVA vorbereitet. Daher ist es für mich noch immer ein bisschen unverständlich, warum die Unterschrift der Aufsichtsbehörde in Person der Frau Gesundheitsministerin bis heute nicht erfolgt! Das alles haben wir erreicht, das alles werden wir erreichen, was an Forderungen der Gesundheitsministerin auf dem Tisch liegt. Das ist ein Kooperationsprojekt der AUVA mit der KABEG, das für Österreich zukunftsweisend ist. Die Unfall-Heilbehandlung der Zukunft wird in Trauma-Netzwerken organisiert sein, wie das eben im Gesundheitsstrukturplan vorgesehen ist. Die Kooperation erreicht also das Ziel, langfristig die hochwertige traumatologisch-orthopädische Versorgung der Kärntner Bevölkerung sicherzustellen. Es geht auch darum, dass im Rahmen der Zusammenlegung kein einziger Arbeitsplatz verlorenggeht. Die Eigenständigkeit der beiden Träger bleibt erhalten, die Patienten werden multidisziplinär versorgt. Spezielle Behandlungskonzepte für die Alters-Traumatologie werden entwickelt und Polytrauma-Patienten werden entsprechend sowohl die Leistungen der Intensivmedizin als auch die Leistungen eines Schwerpunkt-Krankenhauses hinkünftig konsumieren können. Die AUVA übernimmt und saniert die ehemalige Chirurgie Ost mit 126 stationären und 6 Intensivbetten und 4 tagesklinischen Betten. Die Investitionen für die Kärntner Bauwirtschaft liegen in diesem Zusammenhang bei circa 50 bis 60 Millionen Euro, die Einsparungen für beide Träger liegen bei 2 Millionen Euro per anno, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Und ich denke, dass dieses Projekt wert ist, dass man heute eine Sonderlandtagssitzung einberuft, dass dieses Projekt wert ist, dass man, wie man hört, ein gemeinsames Bekenntnis zu diesem Projekt abgibt und dass es dieses Projekt auch wert ist, die Gesundheitsministerin aufzufordern, diesem Projekt nicht mehr im Wege zu stehen, sondern grünes Licht für ein sensationelles Kooperationsprojekt zu geben! Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als Nächsten darf ich den Abgeordneten Harald Trettenbrein ans Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Trettenbrein** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und werte Kollegen! Ich zitiere den Kurzzeit-Kanzler Kern: „95 Prozent in der Politik ist Inszenierung“ – heute beweisen Sie, dass man auch 100 Prozent Inszenierung machen kann, denn diese Sonderlandtagssitzung ist so notwendig wie ein Kropf, meine Damen und Herren! Sie von der SPÖ gebärden sich wie ein pyromantischer Feuerwehrmann, der zuerst zündelt und dann als Erster an der Brandstelle ist, um dann als Held gefeiert zu werden! Schon im Wahlkampf haben Sie dieses perfide Spiel gespielt, indem Sie behauptet haben, „mit uns wird kein Krankenhaus geschlossen!“ (*KO Seiser: Das habt ihr auch gesagt!*) Meine Damen und Herren, keine einzige Partei hat das in Kärnten vorgehabt, ein Krankenhaus zu schließen, aber das ist halt eure „Silberstein“-Manier - (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) man erfindet etwas und tritt dann dagegen auf. Das kommt vielleicht bei den Leuten gut an, aber am Ende des Tages, meine Damen und Herren, kommen auch die Leute drauf, dass das alles nur Dinge sind, die nicht Hand und Fuß haben. Einzig die ÖVP hat im Wahlkampf gesagt, 100 Millionen Euro müssen bei der KABEG eingespart werden. Wir alle wissen, was daraus geworden ist: Schon am Wahlabend war das Ganze, dieses Versprechen obsolet! Meine Damen und Herren, jahrelang haben wir im KABEG-Aufsichtsrat über dieses Thema gesprochen, insgesamt vier Jahre lang. Alle – und ich betone, alle! – Beschlüsse im KABEG-Aufsichtsrat waren immer einstimmig. Heute so zu tun, als wäre das eine Überraschung, dass alle dafür sind, ist hanebüchen und beweist, dass es Ihnen nur um Radau geht, meine Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Schon im alten Aufsichtsrat – alle Parteien war dort drin, auch die heute nicht mehr anwesenden Grünen und das BZÖ – waren damals all diese Beschlüsse einstimmig! Und auch der finale Beschluss vor eineinhalb Wochen zwischen SPÖ, ÖVP und dem Team Kärnten war einstimmig! Wozu jetzt noch ein Bekenntnis aller Parteien notwendig ist, versteht keiner, meine Damen und Herren! Tatsache ist, dass die Referentin und der Vorstand vier Jahre gebraucht haben, um diesen Vertrag auszuarbeiten! Am 29. Jänner 2014 wurde erstmals von der Fusion gesprochen, meine Damen und Herren. Ein Jahr später, am 26. März, hat der Direktor (*KO Sei-*

ser: Obmann-Wechsel bei der AUVA!) – am 26. März 2015 hat der AUVA-Direktor mitgeteilt, dass diese Fusion mindestens noch zehn Jahre dauern wird und hat, so wie der Kollege Darmann schon gesagt hat, 9 Millionen Euro am alten Standort investiert. Wieder ein Jahr später, am 29. Juli 2016, hat es eine Pressekonferenz gegeben, da hat es geheißt, die Verträge sind alle kurz vor dem Abschluss. Dann hat es wieder ein Jahr gedauert, bis zum 14. Juli 2017, wo der Herr Vorstand Gabriel angekündigt hat, dass man jetzt die Vertragserstellung finalisieren würde. Und jetzt ist wieder ein Jahr vergangen, meine Damen und Herren, und zwar bis zum letzten Montag. Am 25. Juni wurde der Beschluss des Verkaufes des Areals der Chirurgie Ost beschlossen. Einstimmig, wie gesagt! Sie haben vier Jahre gebraucht und Sie wollen der Ministerin keine zwei, drei oder 14 Tage Zeit geben zum Unterschreiben? Das ist Radaumache, nichts anderes, meine Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) In Wirklichkeit wollen Sie ablenken von anderen Dingen, die in der KABEG passieren. Einsparungen beim Betriebskindergarten und Objektivierungen, die den Namen nicht verdienen, wo Personen besetzt werden, die nur eine gute Beziehung, eine gute Verbindung in das Büro des Landeshauptmanns haben und sonst nichts, meine Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Kurz noch – und das ist jetzt keine Metapher – zu eurem „Placebo“, dem Regierungspartner, der ÖVP. Die ÖVP als „Appendix“ der SPÖ in Kärnten ist ein Mysterium für sich, meine Damen und Herren. Ein Journalist hat das mit Nestroy gesagt, „der Zerrissene“, und diese Metapher trifft vollkommen zu auf die ÖVP! Im Wahlkampf der Bevölkerung und damit auch den eigenen Wählern versprochen, bei der KABEG 100 Millionen Euro einzusparen, jetzt machen Sie genau das Gegenteil! Sie machen genau das Gegenteil! Sie haben dem Budget zugestimmt und somit einer 12-Millionen-Erhöhung des Abganges bei der KABEG auf sagenhafte 254 Millionen Euro! Liebe Freunde von der ÖVP: Ihr habt jede Glaubwürdigkeit in dieser Sache verloren, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) im Gesundheitskonzept und in jeder anderen Sache in Kärnten auch, meine Damen und Herren! Ihnen glaubt niemand mehr etwas! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Trettenbrein

Meine Damen und Herren, zum Abschluss kommend: Diese Polit-Show, die Sie heute hier abliefern – und das ist jetzt keine Metapher – ist ein Rohrkrepiierer im wahrsten Sinne des Wortes! Jede TV-Station würde diese Show schon nach der ersten Sendung absetzen, und zwar wegen Erfolglosigkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als nächste Rednerin darf ich die Abgeordnete Mag. Silvia Häusl-Benz bitten, zu sprechen!

Abgeordnete **Häusl-Benz** (ÖVP):

Herzlichen Dank, Herr Präsident! Geschätztes Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer auf der Tribüne und vor den Bildschirmen! Die ÖVP steht seit Anfang an hinter dieser Kooperation zwischen Klinikum Klagenfurt und dem UKH Klagenfurt, weil es sich hier um sinnvolle Synergien handelt, wie wir schon gehört haben. Die räumliche Angliederung des UKH an das LKH ist nur ein logischer nächster Schritt zur bestmöglichen gesundheitlichen Versorgung der Kärntnerinnen und Kärntner. Die ständige Verbesserung im Bereich der Unfallmedizin bringt ein höheres Spezialistentum mit sich, sodass die optimale Behandlung heute oftmals nur mehr in Teams möglich ist. Die fachübergreifende Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachbereiche führt zu einer signifikanten Erhöhung der Qualität und somit zu einer verbesserten Versorgung. Dies ist naturgemäß einfacher, wenn die räumliche Distanz so gering wie möglich ist. Durch den gemeinsamen Standort sind Spezialisten anderer Fachrichtungen innerhalb von Minuten beim Patienten. So können zum Beispiel Gefäßchirurgen, die derzeit nicht im UKH beschäftigt sind, bei Bedarf innerhalb von wenigen Minuten zu Fuß am Operationstisch anlangen. Der nette Nebeneffekt, dass durch diese Synergien auch noch Kosten gespart werden können, macht diese Kooperation zu einer Win-win-Situation für alle Beteiligten. Die Einsparungen wurden mit 2 Millionen Euro bei der KABEG und 5 Millionen Euro bei der AUVA beziffert, sowie darüber hinaus Einsparungspotentiale durch Synergien, wie wir heute auch schon gehört haben, wie

Apotheke, Personalplanung, geringere Transportkosten, die auf der Seite der AUVA noch einmal mit mindestens 2 Millionen Euro beziffert werden. Und genau aus diesen genannten Gründen ist es wichtig, dass das Projekt rasch angegangen wird und im besten Sinne für die Kärntnerinnen und Kärntner umgesetzt wird, jenen sind wir verpflichtet, die uns zur Verfügung gestellten Mittel bestmöglich einzusetzen! Wir müssen besonders darauf achten, dass die möglichen Synergien zum Tragen kommen und eventuell noch weitere Potentiale gehoben werden. Für mich ist in dieser Debatte kein Platz für Parteipolitik oder Hickhack, sondern es geht um die Gesundheit und die bestmögliche Versorgung der Kärntnerinnen und Kärntner. Für mich persönlich sind die möglichen Synergien, welche durch die Standort-Zusammenlegung entstehen, durchaus schlüssig. Und wenn wir jetzt auch noch auf eine bestmögliche Umsetzung achten, so sehe ich diesem Projekt sehr positiv entgegen. Danke sehr! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als Nächste am Wort ist die Abgeordnete Waltraud Rohrer. Ich darf sie ans Rednerpult bitten!

Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Werter Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Werte Zuhörer im Hause, Zuseher an den Bildschirmen! Werte Abgeordnete! Auch meinerseits möchte ich betonen, mit der Entscheidung, die unfallchirurgisch-orthopädische Versorgung für die Zukunft in Kooperation und gemeinsamer Ressourcen-Nutzung der AUVA und der KABEG anzubieten, wurde für die Kärntnerinnen und Kärntner ganz sicher ein Meilenstein gesetzt. Einstimmig – und das haben Sie betont, Herr Abgeordneter Trettenbrein – wurde schon 2006 im Aufsichtsrat beschlossen, dieses einzigartige Projekt umzusetzen. Demzufolge haben Sie nur eine Kleinigkeit ausgelassen, warum es länger gedauert hat. Es gab einen dreimaligen Wechsel der AUVA-Führung, des Obmanns, es müssen nun, damit man zu einer Verkaufsabhandlung, zum Verkauf kommen kann, auch Neubebauungspläne der Stadt aufgestellt werden

Rohrer

und Umwidmungen gemacht werden, um diesen Verkauf zu machen. Und ich will nicht hintanhaltend, andere Bundesländer sind noch beim Letter of Intent bei diesem Problem. Meine Bitte: Sie haben Recht, die Unterschrift sollte rasch in zwei, drei Tagen geschehen, weil ich davon ausgehe, dass es leichter ist, einen Vertrag durchzulesen und ihn zu unterzeichnen, als dieses Papier auszuarbeiten, was einfach länger dauert. *(Abg. Trettenbrein: Freilich! Freilich!)* Wie das dann 2018 weitergegangen ist, Sie haben es gesagt, am 14. Juni wieder einstimmig das Bekenntnis dazu, dass es diese Kooperation geben soll für eine Win-win-Situation der Kärntnerinnen und Kärntner. Die Herausforderungen für das UKH für die Zukunft sind ja dergestalt, dass ein Haus mit einer Versorgung nur in einer Fachrichtung für die Zukunft nicht mehr State of the Art ist. Man muss versuchen, Multiprofessionalität hineinzubringen. Dies gibt eine Sicherheitsgarantie für die Arbeit für die Zukunft, für die zukünftige Versorgung, diese Versorgungssicherheit. Das ist ganz extrem bei Mehrfach-Verletzungen, und die kennen wir. Eine Verhinderung oder eine Verzögerung dieser UKH-KABEG-Kooperation würde nämlich eines bedeuten: Sie würde nämlich bedeuten, dass es zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität der Kärntnerinnen und Kärntner kommen kann, *(Abg. Trettenbrein: Jetzt hör' einmal auf mit dem Blödsinn!)* weil wir dieses Projekt nicht vorantreiben *(Abg. Trettenbrein: Reine Panikmache ist das!)* und weil man ein Krankenhaus nicht von einem Tag auf den anderen auch organisieren kann! Es würde bedeuten, sollte es nicht realisiert werden können, dass es womöglich zu einer Auslagerung von Kosten kommt, *(Abg. Trettenbrein: Das ist eine Frechheit gegenüber den Ärzten!)* weil es im UKH nicht geleistet wird, welche zu Lasten der Sozialversicherung und zu Lasten des Landes gehen würden. *(Abg. Leyrouz: Das ist verantwortungslos, diese Panikmache!)* - Verantwortungslos ist es – *(Abg. Leyrouz: Panikmache!)* - Es ist keine Panikmache! Denn Sie haben es gestern selbst betont, es gab ein Ansinnen, einen Antrag einzubringen *(Abg. Trettenbrein: Na und?)* und mit Einsatz wessen auch immer wurde diese Causa außer Frage gestellt. Jetzt frage ich Sie: Warum soll man es nicht betonen, dass es notwendig war, eine Notbremse zu ziehen, damit es nicht verhindert werden kann? Sonst hätten Sie diesen Satz nicht einbringen können, von wem auch

immer! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Eines steht jedenfalls fest: Wenn Sie dazu stehen, stehen Sie auch dazu, dass Sie Ihre Frau Ministerin dazu bringen, dass sie einen Vertrag, welcher fertig ist und wo es nur mehr an diesem Vertrag hängt, diesem Projekt zum Durchbruch zu verhelfen, dass sie die Unterschrift leistet und zu ihrem Wort steht, das sie schon ganz, ganz oft abgegeben hat! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als Nächsten darf ich Abgeordneten Leyrouz ans Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Leyrouz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Zuhörer! Wenn man in der heutigen Zeitung lesen muss, „Todesstoß dieses Vorzeige-Projektes“ und dass die Zeitung so etwas abdruckt aufgrund einer Aussendung der SPÖ, dann ist genau das diese Panikmache und es ist genau das verantwortungslos, Frau Kollegin Rohrer, wie Sie das jetzt darstellen! *(Abg. Trettenbrein: Genau! – Beifall von der FPÖ-Fraktion. – Zwischenruf von Abg. Rohrer.)* - Frau Rohrer, das muss man Ihnen einfach wirklich entgegenhalten, Sie wissen ganz genau, dass die Betreuung der Patienten zu keinem Zeitpunkt gefährdet ist! Denn nicht umsonst gibt es das Trauma-Netzwerk Kärnten, in dem die wesentlichen Häuser mit einbezogen sind. Wir haben eine Zertifizierung der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie. Damit wird eine bestmögliche Betreuung der Patienten in ganz Kärnten gewährleistet. Jede andere Meldung ist schlichtweg Panikmache! Es ist unfassbar und unverantwortlich, was Sie da betreiben! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immerhin gibt es eine Ministerin, die nicht zu allem Ja und Amen sagt, sondern sich sehr wohl die Zeit herausnehmen wird, um dieses Projekt auch dementsprechend zu prüfen. Und sie hat ein klares Statement abgegeben, dass sie zu dem Projekt steht. Ich kann mich selbst erinnern, ich war persönlich mit der Ministerin beim Herrn Dr. Gabriel. Wir haben einen Besuch in der

Leyroutz

KABEG gemacht. In der Besprechung mit dem ärztlichen Leiter, mit dem medizinischen Leiter, mit allen beteiligten Personen wurde das Projekt außer Streit gestellt. Wir haben das Projekt ständig außer Streit gestellt. Ich verstehe nicht, warum nicht vor Einberufung des Sonderlandtages ein Vertreter der ÖVP oder SPÖ an uns herantritt und mit uns diese Frage diskutiert! Wir hätten auf kurzem Wege unser Einverständnis mitteilen können, aber es geht Ihnen darum, in der Öffentlichkeit etwas zu polemisieren (*Abg. Trettenbrein: Eine Show abzuziehen!*) und etwas zur Verunsicherung beizutragen. Das ist genau die gleiche Politik, die Sie auf Bundesebene betreiben, denn Sie sind bis dato säumig in der Umsetzung. Sie hatten über Jahre die Möglichkeit, alles umzusetzen. Aufgrund des einstimmigen Beschlusses glauben Sie jetzt, dass die Gesundheitsministerin innerhalb einer Woche alles durchführen muss. Ich glaube, es ist wichtig, auf Bundesebene eine dementsprechende Durchleuchtung der AUVA, unabhängig von dem Projekt, durchzuführen. Denn Sie wissen, es gibt zwei relevante Rechnungshof-Berichte. In diesen Rechnungshof-Berichten wurde auch festgestellt, dass es in den Compliance-relevanten Bereichen von Stellenausschreibungen und –besetzungen keine Richtlinien gibt. „News“ und die anderen Medien haben darüber berichtet. Auch dort herrscht das Feudal-System, genauso wie in der KABEG in Kärnten, wo im Endeffekt nach dem SPÖ-Parteibuch besetzt wird, und das gehört abgestellt, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Abg. Trettenbrein: So ist es! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Es gehört auch abgestellt, dass in der AUVA mit 30 Millionen Euro, mit dem Geld der Versicherten spekuliert wurde und hier verspekuliert wurde! Da gehört aufgeräumt und auch dafür steht die Gesundheitsministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, wir stehen zu dem Projekt. Wir werden daher auch heute dem Dringlichkeitsantrag, der in der Endabstimmung, in der Formulierung mit uns abgesprochen wurde, unsere Zustimmung erteilen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gesundheitsministerin auch den dementsprechenden, von uns mitgetragenen Vertrag ehestmöglich unterfertigt! (*Abg. Staudacher: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als nächsten Redner darf ich den Abgeordneten Bürgermeister Herbert Gaggl zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohe Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hause! Liebe Mitarbeiter der Landesregierung! Liebe Zuhörer im Hause und an den Internetgeräten! Eigentlich brauchen wir einer gemeinsamen Beschlussfassung mit einer Rede gar nicht mehr im Weg zu stehen. (*3. Präs. Lobnig: Alles übrig! – Abg. Staudacher: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Es ist eigentlich alles erledigt. Ich gratuliere, meine Damen und Herren, dass wir eine gemeinsame Meinung haben und dass wir zum Wohle aller, (*Abg. Trettenbrein: Zehn Jahre alles einstimmig!*) für unsere Patienten in Kärnten da sind, meine Damen und Herren! Danke vielmals, muss ich nur sagen, mehr ist dem nicht hinzuzufügen!

Ich möchte nur noch etwas sagen: Lieber Kollege Trettenbrein, ich möchte zu dir sagen, du hast irgendetwas von Placebo erwähnt. Placebo ist ein Arzneimittel, das keinen Arzneistoff enthält. (*Abg. Trettenbrein: Das ist bei euch der Fall!*) Das ist so, wir brauchen keinen Arzneistoff, weil wir gesund sind und auch gesund in die Zukunft gehen werden, meine Damen und Herren! Das ist die ÖVP und wir stehen für die Qualität in der Gesundheitsversorgung in Kärnten und für unsere Menschen, meine Damen und Herren! Stimmen wir gemeinsam ab! Danke vielmals für das gemeinsame Tun! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. – Abg. Staudacher: Herbert, das kann ich jetzt selber nicht glauben! Das ist für die Faschingssitzung! – Abg. Trettenbrein: Lei, Lei!*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Das war der Beitrag des Abgeordneten Herbert Gaggl. Als nächstes ist die Landeshauptmann-Stellvertreterin Beate Prettnner am Wort! Ich darf ihr das Mikrophon freischalten.

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettner** (SPÖ):

Hoher Landtag! Werte ZuhörerInnen auf der Tribüne! Sehr geehrte VertreterInnen des Krankenhauses, der AUVA! Eigentlich könnte ich jetzt als Gesundheitsreferentin sehr zufrieden sein und ich könnte sagen, es ist alles getan. Alle Fraktionen im Kärntner Landtag stehen hinter dem Beschluss, dass die AUVA und das Klinikum Klagenfurt ihre Projekte gemeinsam weiter fortsetzen und umsetzen. Das wurde nämlich heute einhellig von allen hier bekundet, dass wir etwas ganz Sinnvolles machen, sowohl inhaltlich sinnvoll (*Abg. Leyroutz: Das hättet ihr vorher nur abzufragen brauchen! Das war eh klar!*) als auch in finanzieller Hinsicht sinnvoll. Ich bin auch nach wie vor davon überzeugt, dass das für die Profiteure, nämlich die Kärntnerinnen und Kärntner, das sinnvollste Projekt aller Zeiten ist! Wir sind derzeit in Kärnten so weit, dass wir das erste Bundesland in ganz Österreich sind, das realistische Chancen auf Umsetzung einer Kooperation von zwei verschiedenen Krankenanstalten hat. Wir sind das erste Bundesland! Wir sind zügig vorangegangen, so schnell es möglich war aufgrund der komplexen Materie, aufgrund der Voraussetzungen, dass es doch bei der AUVA in den letzten Jahren einige Wechsel bei den Obmännern und Obfrauen gegeben hat. Aber wir sind uns auch mit AUVA und mit der KABEG – und das wurde auch im KABEG-Aufsichtsrat noch einmal bekräftigt – alle einig, wir wollen dieses Projekt umsetzen! Ich komme mir so vor, wie Pferde vor einem Pferderennen, die jetzt da stehen und einfach starten möchten, aber da vorne ist der Balken, der noch nicht heruntergelassen ist! Dieser Balken ist die Zustimmung der zuständigen Ministerin, dass sie die Unterschrift unter den Kaufvertrag setzt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Ich sage Ihnen eines, Herr Darmann: Ich habe mit der zuständigen Ministerin nicht nur einmal gesprochen, ich habe gezählte fünf Male mit ihr über das Projekt gesprochen, (*Abg. Leyroutz: So ein Schmäh!*) nämlich als sie auf ihrem Antrittsbesuch in Kärnten war, als gemeinsam mit Ihnen das Projekt auch im Klinikum vorgestellt wurde, habe ich noch einmal mit ihr gesprochen. (*KO Darmann: Was hat sie gesagt?*) - Sie hat gesagt, sie steht hinter diesem Projekt! (*KO Darmann: Für das Protokoll! – Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.*

– *Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Moment, Moment, Moment! Ich habe mit ihr bei der letzten Gesundheitskonferenz Anfang Juni in Wien in einem persönlichen Gespräch, aber auch in einem offiziellen Tagesordnungspunkt über dieses Projekt diskutieren dürfen. Nach wie vor, sie steht zu diesem Projekt! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Ich habe mit ihr letzte Woche, so wie Sie das bestätigt haben, noch einmal über dieses Projekt gesprochen. Ich habe von ihr da auch signalisiert bekommen, sie steht zu diesem Projekt! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Und, Herr Darmann, jetzt sage ich Ihnen eines: Zu einem Projekt stehen und dann auch die nötigen Taten machen, das ist etwas Unterschiedliches! Und wenn Sie gestern in Wien erfolgreich gewesen wären, dann wären Sie heute mit der Unterschrift der Ministerin hier in diesem Plenarsaal! (*Abg. Trettenbrein: Ihr habt vier Jahre gebraucht! – Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*) Herr Darmann, genau das ist es, was ich verlange! Ich brauche die Unterschrift der Ministerin, dass sie zu diesem Kaufvertrag steht, dass wir unsere Pläne weiter fortsetzen und dass wir das auch umsetzen können! Ich biete Ihnen jetzt auch etwas an, das tue ich nicht immer gegenüber einem Mann, aber ich würde mit Ihnen gemeinsam nach Wien fahren und diese Unterschrift abholen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Etwas möchte ich noch anmerken: Gestern hat es Aufregung gegeben in Kärnten. Wir sind argwöhnisch geworden. Es hat einer Aussendung bedurft und die hatte eine sehr dramatische Überschrift: „Ist das der Todesstoß für die Kooperation der AUVA mit dem Klinikum Klagenfurt?“ Die Aussendung wurde um 18 Uhr 37 getätigt. (*Abg. Trettenbrein: Silberstein lässt grüßen! – Abg. Leyroutz: Bitte, keine Pflasterstein- und Grablichter-Politik!*) Wir waren in intensiven Gesprächen. Auch ich habe mich da in Gesprächen auf Bundesebene mit eingebracht. Ich möchte nicht darüber streiten, wer Vater oder Mutter ist, weil der Vater ist ja nie sicher, aber die Mutter ist sicher. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Wir haben telefoniert. Der Beschluss ist um 19 Uhr 45 signalisiert worden, genau eine Stunde, nachdem wir in Kärnten eine Aussendung gemacht haben! Ich bedanke mich bei allen, die mitgewirkt haben, dass wir aus Kärntner Sicht wirklich einstimmig dahinter stehen, dass wir dieses Projekt umset-

Prettner

zen wollen! Es ist ein Leuchtturm-Projekt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Sehr geschätzte Damen und Herren! Wir haben jetzt rund 40 Minuten der Zeit in der Aktuellen Stunde verbraucht. Als derzeit letzter Redner hat sich der Klubobmann Mag. Darmann zu Wort gemeldet!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Die Wortmeldung der Gesundheitsreferentin hat ganz klar gezeigt, was es tatsächlich dringlich brauchen würde, (*Zurufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.*) nämlich ein Einstellen des Polemisierens gegenüber der Bundesregierung (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) und wirklich eine gelebte Gesprächskultur der politischen Verantwortungsträger in diesem Land und auch darüber hinaus in der Republik Österreich! Denn, Frau Gesundheitsreferentin, es bringt in der Tat nichts, genauso in diesem Feld wie auch in anderen Bereichen, mit Halbwahrheiten, mit Unwahrheiten hausieren zu gehen, Panikmache zu schüren, mit Presseaussendungen hinauszugehen, wie „Todesstoß“, gleichzeitig in Wien, durch die SPÖ Wien, mit Pflastersteinen, Grablichtern zu arbeiten! Das ist eine niveaulose Art, Politik zu führen, insbesondere wenn man höchster politischer Verantwortungsträger in der Verwaltung in einem Land ist! Und deshalb sage ich Ihnen: Es war vor 20 Jahren die Idee von Ihrem Kollegen, Gesundheitsreferenten Ausserwinkler, diese Zusammenführung zwischen UKH und LKH zu machen. Raten Sie einmal, wer das vor 20 Jahren, in den 90er-Jahren, verhindert hat? Das waren die SPÖ-Betriebsräte im UKH und im LKH, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) denn man hätte schon viel weiter sein können. Da brauchen wir nicht vom Jahr 2006 und den Jahren danach zu reden, sondern gehen wir in die 90er-Jahre zurück, denn es ist in der Tat ein wichtiges Projekt. Wir sind aber leider nicht – so wie Sie gesagt haben – Vorreiter in Kärnten. In Salzburg und in Wien gibt es diese Kooperationen bereits. Das heißt, es wird nicht alles von Ihnen erfunden, sondern

Fakt ist, es ist eine wichtige Maßnahme, die es umzusetzen gilt. Hier sind ehestmöglich auch seitens der Bundesregierung die entsprechenden nächsten Schritte zu setzen, keine Frage. Deswegen wird es auch so sein, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag seitens der ÖVP und auch der SPÖ von unserer Seite entsprechend unterstützen, weil es ja logisch ist. Und man braucht hier nicht weiter diese Panik zu machen und auch keine Ängste zu schüren in diesem Land, denn in Wahrheit ist es so – und das wissen Sie, Frau Gesundheitsreferentin – im bundesweiten Strukturplan Gesundheit ist diese Zusammenführung sogar vorgeschrieben. Das heißt, es gäbe ja gar keine Alternative, dieses Projekt ist alternativlos! Das ist alternativlos, das sollten alle hier herinnen wissen, die sich mit diesem Thema schon länger auseinandergesetzt haben. Das sollten alle Aufsichtsräte, die hier sitzen, die in der KABEG tätig waren oder aktuell tätig sind, wissen und das sollten insbesondere die Fachabteilung der Gesundheitsreferentin und die Gesundheitsreferentin selber wissen und deswegen ist eine Aussendung mit „Todesstoß“ in höchstem Maße verantwortungslos! Und auch jede einzelne Wortmeldung, von wem auch immer, ist in höchstem Maß verantwortungslos, vor allem hier im Hohen Haus, weil man tatsächlich ein Bild zeichnet, dass in irgendeiner Form die Gesundheitsversorgung in Kärnten nicht aufrechtzuerhalten wäre, wenn das nicht morgen unterschrieben würde! Unsere Ärzte im Kärntnerland, jetzt im Speziellen Klagenfurt betreffend, die im UKH tätig sind, die im Klinikum tätig sind, die genau in diesem betreffenden Bereich tätig sind, wissen ihr Handwerk entsprechend zu leben! Sie haben das bisher getan in höchster Qualität und werden das weiterhin tun und sie haben es nicht verdient, von Ihnen schlechtgemacht zu werden! Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Eine Wortmeldung geht sich zeitlich noch aus. Nachdem die ÖVP im Rotationsprinzip verzichtet hat, erteile ich noch einmal der zuständigen Gesundheitsreferentin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Beate Prettner, das Wort!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte VertreterInnen der AUVA! Sie haben heute miterleben können: Wir stehen alle zur AUVA! Wir schätzen die hohe Qualität der Versorgung der AUVA, aber ich möchte meinen Vorredner, den Herrn Klubobmann Darmann wirklich in die Verantwortung nehmen. Bitte, wenn Ihnen das ernst ist, was Sie gesagt haben, dann setzen wir das um, zu dem wir alle auch stehen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Ich meine das wirklich ernst, denn Sie haben schon genug Verunsicherung zum Thema AUVA verursacht! Die AUVA steht unter einem Damoklesschwert, ob es sie im nächsten Jahr in dieser Form überhaupt noch geben wird! Das ist ja die große Frage, ob es überhaupt noch eine Unfallversorgung über die AUVA geben wird! (*Abg. Leyroutz: Unabhängig vom Projekt! – KO Darmann: Das hat doch mit dem Projekt nichts zu tun!*) Das ist ja noch nicht entschieden! Diese Menschen – und das sind 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kärnten, die unter dem Dach der AUVA arbeiten – wissen nicht, ob sie nächstes Jahr bei der AUVA arbeiten, ob sie überhaupt einen Job haben oder ob sie vielleicht ins Land Kärnten eingegliedert werden! Und sie können es nicht wissen, denn Sie wissen nicht, was nächstes Jahr passieren wird. Ich weiß nicht, was die Frau Ministerin vorhaben wird mit dem Projekt AUVA und deshalb drängen wir darauf, dass wir dieses sinnvolle, außer Streit stehende Projekt der Kooperation weiter fortsetzen, zügig fortsetzen! Und ich sage noch einmal: Der einzige Erfolg, den wir heute durch diese Landtags-sitzung auch besiegelt haben, das ist eine Unterschrift der Frau Ministerin Beate Hartinger-Klein unter den Kaufvertrag! Alles andere hätte unsere heutige Landtagssitzung sinnlos gemacht! Weil, dass wir alle einer Meinung sind, das reicht nicht, wir brauchen Taten, wir brauchen die Umsetzung dieses Projektes. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und KO Malle.*) Und noch etwas: Schmätern Sie nur nicht unsere Erfolge, Herr Darmann, wir sind das Leuchtturm-Projekt, was die Kooperation betrifft! Es gibt das Interesse des Bundeslandes Salzburg, ähnliche Kooperationen anzustreben. Salzburg ist meilenweit hinter uns, Salzburg ist in einem Stadium, wo man sich darauf committed hat, eine Absichtserklärung abzugeben, dass man gemeinsam arbeitet. Wir in

Kärnten haben bereits einen Kaufvertrag und wenn dieser Kaufvertrag unterzeichnet ist, dann können im nächsten Monat die Bauarbeiten beginnen und dann können wir den Zeitplan einhalten, sodass mit 2022 gesichert ist, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter einem Dach gemeinsam für die Kärntnerinnen und Kärntner arbeiten können! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Damit ist die Rednerliste in der Aktuellen Stunde erschöpft.

Wir kommen vor Eingehen in die Tagesordnung zu einer Geschäftsordnungswortmeldung, die vom Herrn Klubobmann Darmann angekündigt ist. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident! Ja, eine Geschäftsordnungsmeldung seitens des FPÖ-Landtagsklubs in zweierlei Themenstellungen. Zum Ersten, und da habe ich auch gebeten und diese Geschäftsordnungsmeldung auch avisiert an den Präsidenten, zur Wortmeldung der Finanzreferentin im Zuge der Fragestunde des Kärntner Landtages, in welcher sie behauptet hat, sie hätte keine rechtliche Grundlage dafür, zu Landesgesellschaften Auskunft zu erteilen, weil sie dort kein Weisungsrecht hätte. Ich stelle hiermit fest, und das ist aus der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages inklusive Kommentar wortwörtlich, das heißt, in Wortinterpretation herauszulesen, dass es hier keines Weisungsrechtes bedarf, sondern einer Aufsichtspflicht-Wahrnehmung. Und es ist doch unbestritten, dass das Land Kärnten hinsichtlich dieser Landesgesellschaften der Aufsichtspflicht hoffentlich nachkommen wird, ich betone: Hoffentlich! Das ist festgeschrieben in der Geschäftsordnung im Kommentar im Wort „Ingerenz“, die tatsächlich hier gegeben ist und deswegen ist hier auch ein für alle Mal festzuhalten, dass die Finanzreferentin dem Landtag, wem auch immer hier im Kärntner Landtag, sehr wohl pflichtgemäß Auskunft zu erteilen hätte und keine Ausreden suchen sollte und insbesondere hier keine

Darmann

Auskunft erteilen will! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Der zweite Punkt betrifft nunmehr auch die Wortmeldung der geschätzten Gesundheitsreferentin, die festgehalten hat, aber das leider auch wahrheitswidrig, dass im Raum stünde, würde es die AUVA nicht geben, dass hier das Projekt scheitern könnte beziehungsweise Personen auf der Straße sitzen würden. Sie hat auch selber vom beschlossenen Kaufvertrag gesprochen, der vor eineinhalb Wochen abgesegnet wurde. Dort ist wortwörtlich festgeschrieben, dass es unabhängig vom Träger der Krankenanstalt dieses

Projekt geben wird, unabhängig davon, dass der Träger AUVA oder sonst irgendwie heißt! Das heißt, egal, wie der Träger aussieht, das Projekt ist durchzuführen und wird auch umgesetzt werden! Das zur Wahrheit! Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

(*Abg. Pirolt: Weiter im Programm, Herr Präsident!*) Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit sind die Geschäftsordnungswortmeldungen erledigt.

Tagesordnung

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 105-1/32:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Soziales zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird ./ mit Gesetzentwurf

Berichtersterterin ist die Frau Abgeordnete Ruth Feistritzer. Ich erteile ihr das Wort!

Berichtersterterin Abgeordnete **Feistritzer** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Liebe Mitglieder der Kärntner Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Verehrte Zuhörer! Ldtgs.Zl. 105-1/32, Bericht und Antrag des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Soziales zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird, mit Gesetzesentwurf. Der Arbeiter- und Angestellten-Schutz ist, soweit es sich um land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte handelt, hinsichtlich der Grundsatzgesetzgebung Bundessache, hinsichtlich der ausführenden Gesetzgebung und der Vollziehung Landessache. Mit dem Bundesgesetzblatt I Nr. 153/2017 wurde das Bundes-Landarbeitergesetz 1984 abgeändert. Der vorlie-

gende Entwurf der Novelle dient der Anpassung an die geänderten bundesgesetzlichen Vorlagen. Mit der vorliegenden Novelle sind keine finanziellen Auswirkungen für das Land Kärnten verbunden, im Begutachtungsverfahren wurden keine inhaltlichen Einwände vorgebracht.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Mir liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor, daher ist Generaldebatte auch schon wieder geschlossen. Die Berichtersterterin hat das Schlusswort in der Generaldebatte.

Berichtersterterin Abgeordnete **Feistritzer** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte und die ziffernmäßige, paragrafenmäßige und artikelmäßige Verlesung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört. Wer diesem zustimmt, in der Spezialdebatte auch auf das paragrafen- und ziffernmäßige Verlesen zu verzichten, den

Ing. Rohr

bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! (*Abg. Scherwitzl: Zu machen, nicht zu verzichten!*) - Zu machen, ja, Entschuldigung! Bitte, im Protokoll zu vermerken, dass das ein Versprecher war, „zu verzichten“! Also, wer stimmt der paragraphen- und ziffernmäßigen Verlesung zu? – Das ist – Herr Abgeordneter Jantschgi auch dabei? (*Abg. Jantschgi hebt deutlich sichtbar die Hand.*) – einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Dann darf ich bitten, zu verlesen! (*Zuruf aus der FPÖ-Fraktion an Abg. Scherwitzl: Gut aufgepasst! – Abg. Scherwitzl: Damit ihr merkt, dass ich auch munter bin! Weil heute war ich ja so ruhig bis jetzt!*) Bitte, im Abstimmungsverfahren der Frau Abgeordneten Feistritzer die Aufmerksamkeit zu schenken!

Berichterstatterin Abgeordnete **Feistritzer** (SPÖ):

Artikel I

Die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 – K-LAO 1995, LGBl. Nr. 97/1995, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 77/2017, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: § 33 Abs. 1 lautet; Ziffer 2: § 33 Abs. 4 lautet; Ziffer 3: § 36 lautet „§ 36 Entgeltfortzahlung bei Beendigung des Dienstverhältnisses“; Ziffer 4: § 49 lautet „§ 49 Kündigung“.

Artikel II

Ich beantrage die Annahme von Artikel I und II.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer diesem Gesetz die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Dann darf ich bitten, Kopf und Eingang zu verlesen!

Berichterstatterin Abgeordnete **Feistritzer** (SPÖ):

Gesetz vom 06. Juli 2018, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird.

Der Landtag von Kärnten hat in Ausführung des Landarbeitsgesetzes 1984 – LAG, BGBl. Nr. 287/1984, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 153/2017, beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme wird beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Dann darf ich bitten, die 3. Lesung vorzunehmen!

Berichterstatterin Abgeordnete **Feistritzer** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser wiederum zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist auch wiederum einstimmig so beschlossen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 26-1/32:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung zur Regierungsvorlage betreffend die Verordnung der Landesregierung, mit der die Geschäftsordnung der Kärntner Landesregierung geändert wird
./ mit Verordnung**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Sandrieser von der SPÖ. Ich erteile ihm das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Es geht um die Ldtgs.Zl. 26-1/32, Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung zur Regierungsvorlage betreffend die Verordnung der Landesregierung, mit der die Geschäftsordnung der Kärntner Landesregierung geändert wird.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gerhard Köfer. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich könnte jetzt natürlich eine Schimpfkanonade loslassen, das haben wir alles schon miterlebt. Auf das werde ich verzichten und das ist auch nicht in meinem Sinne. Trotzdem möchte ich noch kurz wiederholen, dass in einer damaligen völlig unnötigen Rekordgeschwindigkeit von Seiten der Koalition die Abschaffung der Einstimmigkeit in der Landesregierung und damit eine wichtige Änderung der Kärntner Landesverfassung durch den zuständigen Landtagsausschuss durchgeboxt worden ist. Das ist schon der einzige kritische Ansatz. Heute gibt es die logische Fortsetzung für die Geschäftsordnung. Ich möchte nur darauf hinweisen und vielleicht raten – euch etwas zu raten, steht mir nicht zu – trotzdem, es war damals eine völlig unappetitliche Aktion und stellte eine Einmaligkeit in der Geschichte Kärntens dar! Ich hoffe, ihr auf Seiten der SPÖ seid zumindest etwas geläutert und nützt den Rest der Periode, um auch den drei Oppositionsparteien, also dem Team Kärnten, der Freiheitlichen Partei und der ÖVP zu ihrem Rederecht zu verhelfen! Danke! (*Einzelbeifall von Abg. Prasch.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner vorgemerkt habe ich den Abgeordneten Mag. Leyroutz. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! In Konsequenz auch der damaligen Änderung der Kärntner Landesverfassung, der kurzfristigen Änderung, ist offensichtlich auch die Änderung der Geschäftsordnung notwendig geworden. Wir können nur sagen, dass wir dieser Gesetzesänderung und der Änderung der Geschäftsordnung unsere Zustimmung nicht erteilen werden. Wir werden auch nicht zustimmen, dass sich die ÖVP weiter vorbehaltlos der SPÖ unterwirft! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt keine weitere Wortmeldung vor, daher hat der Berichterstatter das Schlusswort in der Generaldebatte.

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und ersuche um das Eingehen in die Spezialdebatte und um Verlesung des Beschlusstextes.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP mehrheitlich so beschlossen. Dann darf ich bitten, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Verordnung der Landesregierung vom 05. Juni 2018, Zl. 01-VD-LG-1850/2-2018, mit der die Geschäftsordnung der Kärntner Landes-

Sandrieser

regierung geändert wird, wird gemäß Art. 56 Abs. 3 K-LVG zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die erforderliche Mehrheit, daher ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 75-17/32:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum selbständigen Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs vom 21.06.2018 gemäß § 27b K-LTGO auf Überprüfung durch den Landesrechnungshof betreffend die Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Landesholding bzw. deren Rechtsnachfolger Kärntner Beteiligungsverwaltung

Berichtersteller ist der Abgeordnete Mag. Leyroutz. Ich erteile ihm das Wort!

Berichtersteller Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich berichte zur Landtagszahl 75-17/32. Es geht um einen Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum selbständigen Antrag der Abgeordneten des FPÖ-Klubs im Hinblick auf eine Überprüfung durch den Kärntner Landesrechnungshof. Der dementsprechende Beschluss wurde im Kontrollausschuss einstimmig gefasst.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Es liegt mir keine Wortmeldung vor, daher hat der Berichtersteller das Schlusswort!

Berichtersteller Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt, wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Dann darf ich bitten, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichtersteller Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landesrechnungshof wird mit folgendem Prüfungsverlangen beauftragt:

Wie war die Vorgangsweise der Kärntner Landesholding bzw. ihrer Gesamtrechtsnachfolgerin Kärntner Beteiligungsverwaltung/Nachtragsverteilungsmasse (KBV) bzw. Sondervermögen Kärnten Fonds im Zusammenhang mit der Rückforderung von rund 6 Millionen Euro von Steuerberater Dr. Birnbacher sowie der Einbringung allfälliger Schadenersatzansprüche gegenüber Dr. Josef Martinz und dem Nachlass Dr. Jörg Haider?

Wurden dabei die Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten?

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Dann ist dieser Tagesordnungspunkt ebenso erledigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 18-44/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz

Ing. Rohr**aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Gaggl**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Leikam. Ich erteile ihm das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Zu diesem Tagesordnungspunkt ist zu sagen, dass der Herr Abgeordnete Gaggl angegeben hat, dass er als Geschäftsführer der Marktgemeinde Moosburg Betriebs- und Beteiligungs GesmbH diese Tätigkeit ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet, sie ist gleichzeitig schon wieder geschlossen, weil mir keine Wortmeldung dazu vorliegt. Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Damit darf ich bitten, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Landtagsabgeordnetem Herbert GAGGL als Geschäftsführer der Marktgemeinde

Moosburg Betriebs- und Beteiligungs GesmbH erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 18-45/32:**Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Leyrouz**

Ich darf den Berichterstatter bitten, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Danke! Der Abgeordnete Leyrouz hat angegeben, dass er die Tätigkeit als Aufsichtsrat der KABEG ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet, sie ist aber auch schon wieder geschlossen, nachdem mir keine Wortmeldung vorliegt. Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte darauf und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, darf ich um ein Handzeichen bitten! –

Ing. Rohr

Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Dann darf ich bitten, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Landtagsabgeordneten Mag. Christian LEYROUTZ als Aufsichtsrat der KABEG erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6:

6. Ldtgs.Zl. 18-46/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Dritten Präsidenten Lobnig

Ich darf den Berichtstatter Leikam bitten, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Dritte Präsident Josef Lobnig hat angegeben, dass er die Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Röhrs Privatstiftung ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und gleichzeitig wieder geschlossen, nachdem mir keine Wortmeldung vorliegt. Ich bitte um das Schlusswort des Berichtstatters!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum – bitte, vielleicht kann man bei der Abstimmung wenigstens deutlich und klar ein Handzeichen geben, damit ich feststellen kann, ob das einstimmig ist! Ja, das ist einstimmig so beschlossen. Dann darf ich den Berichtstatter bitten, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Dritten Präsidenten LOBNIG als Vorstandsmitglied der Röhrs Privatstiftung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

7. Ldtgs.Zl. 18-47/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Geneh-

Ing. Rohr**migung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Prasch**

Berichterstatter ist Abgeordneter Leikam. Ich bitte ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Danke! Der Abgeordnete Prasch hat angegeben, dass er die Tätigkeit als Aufsichtsrat der Kärntner Sparkasse Privatstiftung Klagenfurt ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und schon wieder geschlossen, weil mir keine Wortmeldung vorliegt. Ich bitte um das Schlusswort in der Generaldebatte seitens des Berichterstatters!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Bitte um Verlesung des Beschlusstextes!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Landtagsabgeordneten Dr. Hartmut PRASCH als Aufsichtsrat der Kärntner Sparkasse Privatstiftung Klagenfurt erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 8:

8. Ldtgs.Zl. 18-48/32:**Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Rauter**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Leikam. Ich bitte ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Herr Abgeordnete Rauter hat angegeben, dass er die Tätigkeit des Geschäftsführers der CPA Steuerberater Feldkirchen GmbH und als Geschäftsführer der Beteiligungs- und Infrastruktur St. Urban GmbH ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und wieder geschlossen, nachdem keine Wortmeldung vorliegt. Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Dann darf ich den

Ing. Rohr

Berichterstatter bitten, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Landtagsabgeordneten Dietmar RAUTER als Geschäftsführer der CPA Steuerberater Feldkirchen GmbH und als Geschäftsführer der Beteiligungs- und Infrastruktur St. Urban GmbH erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9:

9. Ldtgs.Zl. 18-49/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige der Abgeordneten Rohrer

Berichterstatter ist der Abgeordnete Leikam. Ich bitte ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Die Frau Abgeordnete Rohrer hat angegeben, dass sie die Tätigkeit als stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates der KABEG (bestellte Arbeitnehmervertreterin) ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und wiederum geschlossen, nachdem es keine Wortmeldung gibt. Ich bitte den Berichterstatter um das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Dann darf ich bitten, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit der Landtagsabgeordneten Waltraud ROHRER als stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates der KABEG (bestellte Arbeitnehmervertreterin) erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen.

Dann darf ich zum Tagesordnungspunkt 10 kommen:

10. Ldtgs.Zl. 18-50/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unverein-

Ing. Rohr**barkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Sandrieser**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Leikam. Ich bitte ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Danke! Der Abgeordnete Sandrieser hat angegeben, dass er die Tätigkeit des Vorsitzenden der Pacher-Rauscher-Stiftung ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und wieder geschlossen, nachdem mir keine Wortmeldung vorliegt. Ich bitte den Berichterstatter um das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Bitte, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Landtagsabgeordneten Stefan SANDRIESER als Vorsitzender der Pacher-Rauscher-Stiftung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 11:

11. Ldtgs.Zl. 18-51/32:**Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Scherwitzl**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Leikam. Ich erteile ihm das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Danke! Der Abgeordnete Klubobmann-Stellvertreter Andreas Scherwitzl hat angegeben, dass er die Tätigkeit als Geschäftsführer der Magdalensberg Infrastruktur GmbH ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und gleichzeitig wieder geschlossen, nachdem es keine Wortmeldung gibt. Der Berichterstatter hat das Schlusswort in der Generaldebatte.

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt (*Bericht-erstatte Abg. Leikam: Nein, zur Verlesung!*) – Entschuldigung, zur Verlesung des Beschlusstextes!

Berichterstatte Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Landtagsabgeordneten Andreas SCHERWITZL als Geschäftsführer der Magdalensberg Infrastruktur GmbH erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 12:

12. Ldtgs.Zl. 18-52/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Zweiten Präsidenten Strauß

Berichterstatte ist der Abgeordnete Leikam. Ich erteile ihm das Wort!

Berichterstatte Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Zweiter Präsident Jakob Strauß hat angegeben, dass er die Tätigkeit des Geschäftsführers der Sittersdorfer Infrastruktur GmbH ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und geschlossen, weil es keine Wortmeldung gibt. Der Berichterstatte hat das Schlusswort.

Berichterstatte Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf dieses Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! Herr Klubobmann Malle, bist du dabei? Ja, selbstverständlich! Klaus Köchl? (*Abg. Köchl: Entschuldigung!*) Sind wir wieder soweit? (*Abg. Köchl hebt die Hand.* – *Abg. Trettenbrein: Guten Morgen!*) – Einstimmig so beschlossen. Dann darf ich bitten, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatte Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Zweiten Präsidenten Jakob STRAUSS als Geschäftsführer der Sittersdorfer Infrastruktur GmbH erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist

Ing. Rohr

wiederum einstimmig so beschlossen.

Dann darf ich den Tagesordnungspunkt 13 aufrufen:

13. Ldtgs.Zl. 18-53/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Tiefnig

Berichterstatter ist der Abgeordnete Leikam. Ich erteile ihm das Wort in der Generaldebatte!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Herr Abgeordnete Tiefnig hat angegeben, dass er die Tätigkeit als Beiratsvorsitzender der Irschner Wasserkraft und Infrastruktur GmbH ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und gleichzeitig schon wieder geschlossen, nachdem mir keine Wortmeldung vorliegt. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Dann darf ich den Beschlusstext erbitten!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Landtagsabgeordneten Alfred TIEFNIG als Beiratsvorsitzender der Irschner Wasserkraft und Infrastruktur GmbH erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig – auch der Herr Klubobmann Seiser? (*KO Seiser, die Hand hehend: Sicher!*) – so beschlossen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 14:

14. Ldtgs.Zl. 18-54/32:

Bericht und Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses betreffend Genehmigung der Ausübung von Tätigkeiten gemäß §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz aufgrund der Anzeige des Abgeordneten Trettenbrein

Berichterstatter ist der Abgeordnete Leikam. Ich erteile ihm das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Harald Trettenbrein hat angegeben, dass er die Tätigkeit des Aufsichtsrates der KABEG Klagenfurt ausübt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet und gleichzeitig wieder geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Bitte, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß § 27a Abs. 4 Geschäftsordnung des Kärntner Landtages (K-LTGO), LGBl. Nr. 87/1996, in der geltenden Fassung, in Verbindung mit §§ 4, 6 und 8 Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, BGBl. Nr. 330/1983, in der geltenden Fassung, wird die Zustimmung der Tätigkeit von Landtagsabgeordneten Harald TRETENBREIN als Aufsichtsrat der KABEG Klagenfurt erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig beschlossen. Damit haben wir alle Unvereinbarkeitsmeldungen beziehungsweise -anzeigen erledigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15:

15. Ldtgs.Zl. 43-8/32:

Mündliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Staudacher betreffend Montessori-Zweig der VS West in Spittal/Drau

Herr Landeshauptmann, ich darf dich bitten, die Anfrage zu beantworten!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Regierungskollegin und Regierungskollegen! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich beantworte gerne diese Frage, die, damit sie auch in der Verständlichkeit nachvollziehbar ist, von mir in der Fragestellung wiederholt und dann beantwortet wird, sodass die Damen und Herren des Hohen Hauses, aber auch die Zuseherinnen und Zuseher an den PCs dem auch folgen können.

Die erste Frage lautet: Ist es geplant, den Montessori-Zweig der Volksschule West in Spittal/Drau aufzulösen? Wenn ja, aus welchen Gründen? - Jeder, der sich ein wenig mit Bildungsfragen auseinandersetzt, weiß, dass es im Volksschulbereich keine Zweige oder ähnliche Gliederungen gibt. Was es gibt, ist, dass eine Volksschule im Rahmen der Schulautonomie lediglich pädagogische Schwerpunkte innerhalb des gesetzlich festgelegten, österreichweit gültigen Lehrplanes festlegen kann. Es gibt aber daraus resultierend keinen Rechtsanspruch auf irgendwelche Schwerpunktbildungen, die letztendlich doch im Interesse der Kinder zu sehen sein werden. Es gibt Musik-Schwerpunktklassen in Kärnten, es gibt Sport-Schwerpunktklassen, es gibt auch Montessori-Schwerpunktklassen und andere reformpädagogische Bereiche, die ich persönlich – das sage ich auch gerne hinzu – sehr gerne im Regelschul- und Pflichtschulwesen integriert sehe, weil sie auch gewisse Vorteile bringen. Was aber nicht ist, ist, dass es bei einer nicht entsprechenden Anzahl an Anmeldungen einen Rechtsanspruch auf Einsetzung eines selben gibt. Und das war laut den mir vorliegenden Informationen, was die Anmeldezahlen für eine Montessori-Klasse in Spittal/West ergeben hatten, nicht der Fall.

Wie beurteilen Sie die pädagogische Qualität des Montessori-Zweigs der Volksschule West in Spittal/Drau? - Das ist die zweite Frage gewesen. Ich sage auch hier ganz offen: Ich habe meine persönliche – auch durch mein Studium und durch meine praktischen Erfahrungen – Meinung zu reformpädagogischen Schwerpunktsetzungen im Schulunterricht. Die ist aber hier nicht von Bedeutung. Ich verlasse mich darauf, dass die notwendigen Schulaufsichtsgorgane diese Berichte und ihre Einhaltung der entsprechenden Voraussetzungen prüfen. Diese Berich-

Kaiser

te haben allesamt bei Schwerpunktklassen sehr, sehr positive Tendenz und Charakter. Meine persönliche Meinung zu reformpädagogischen Schwerpunkten habe ich in Beantwortung der Frage 1 bereits kundgetan.

Die dritte Frage lautet: Ist Ihnen bekannt, dass es im heurigen Jahr Unstimmigkeiten bei der Anmeldung von Montessori-Interessenten für das Schuljahr 2018/2019 gegeben hat? Wenn ja, was haben Sie unternommen, um diese Unstimmigkeiten abzustellen? - Ja, es ist mir bekanntgegeben worden. Auch durch einen politischen Vertreter einer bei der letzten Landtagswahl kandidiert habenden Partei sowie dann durch Rückmeldungen aus der Schulverwaltung, dass es hier Beschwerden einzelner Eltern gegeben habe, dass es nicht die entsprechende Vorankündigung, Information seitens der Schulleitung hinsichtlich der Möglichkeit, eine Montessori-Klasse einzurichten beziehungsweise sich von Elternseite dafür zu melden, gegeben habe. Ich habe mit der Frau Direktorin direkten Kontakt aufgenommen – die bestätigte, dass das nicht der Fall sei – um sämtlichen Unstimmigkeiten aus dem Weg zu gehen. Und weil mir die Wichtigkeit der Kinder und ihrer entsprechenden festen Unterrichtsgestaltung wichtig ist, habe ich dann noch einmal dazu beigetragen, dass es zu einem Runden Tisch gekommen ist, wo wir noch einmal die gesamte Information gegeben haben, dass der Fall aufgerollt wurde und sich auch nach dieser Informationssitzung zu wenige Eltern bereiterklärt haben, Kinder für diesen Montessori-Zweig anzumelden, wodurch dieser dann nicht zur Durchführung gelangt ist.

Gibt es Gespräche mit der Schuldirektion der Volksschule West über die Weiterführung, Unterstützung des Montessori-Zweigs der Volksschule West in Spittal/Drau? - Eine Weiterführung gäbe es nicht, nachdem die Zahl nicht entsprochen hat. Es steht aber offen, dass im nächsten Jahr, auch basierend auf einer entsprechenden Information, ein neuer Anlauf unternommen werden kann. Und die Frage nach einer Unterstützung der Ansuchen jener Eltern, welche neuerlich Anmeldegespräche mit unabhängigen, transparenten Informationen fordern, ist deswegen nicht mehr zeitorientiert adäquat zu beantworten, weil ja diese Information bereits vorher stattgefunden hat. Ich hoffe, dass ich damit Kollegen Staudacher und Kollegen Rauter die An-

frage umfassend beantwortet habe! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Anfrage ist damit erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 16:

16. Ldtgs.Zl. 14-3/32:**Mündliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Klubobmannes Darmann betreffend Änderung der Kärntner Landeshymne**

Herr Landeshauptmann, ich darf dich bitten, diese zu beantworten!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Gerne! Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Klubobmann! Herr Abgeordneter Staudacher! Auch hier wieder dieselbe Vorgehensweise, damit wir der Authentizität der Fragestellung auch folgen können.

Die Frage lautet: Wie beurteilen Sie die vom Rektor der Universität Klagenfurt, Oliver Vitouch, zur Diskussion gebrachte Idee, die vierte Strophe der Kärntner Landeshymne abzuändern, um jene Passagen, die auf den Kärntner Freiheitskampf, Abwehrkampf und Volksabstimmung Bezug nehmen, zu streichen? (*2. Präs. Strauß stellt ein Glas Wasser auf das Pult des Redners in der Regierungsbank.*) - Herr Präsident, ich bedanke mich! Ich habe das öffentlich gemacht. - Ich glaube, meine Aussagen sind bekannt. Ich werde aber trotzdem vielleicht etwas vertiefend die Antwort und das, was in der Zeitung wiedergegeben worden ist, noch einmal von meiner Sicht her zusammenfassen. Die Kärntner Landeshymne in der Fassung von 1930, also mit allen vier Strophen, ist ein wesentliches Merkmal, ein wesentliches, identitätsstiftendes Merkmal auch der Kärntner Geschichte. Dieser vierten Strophe ist ein Wettbewerb vorangegangen. Grund war es, eine bislang, bis dorthin existierende, die Monarchie, also die Kaiserzeit verherrlichende Strophe zu ersetzen. Zu ersetzen mit einer seit dieser Zeit - 1800 bis 1930 - stattgefunden habenden Veränderung.

Kaiser

Diese hat sich in der vierten Strophe widergespiegelt, wobei ich extra auch darauf hinweisen werde, was historisch öfter unter den Tisch fällt, dass die von Agnes Millonig zuerst eingereichte Fassung auch mit dem Bereich des Adjektivs „deutsch“ zurückgewiesen wurde, weil man eben dem jeweiligen geschichtlichen Stand entsprechend eine Strophe haben wollte. Und diese vierte Strophe, die Ihnen ja allen bekannt ist, die auch traditionellerweise neben der ersten bei öffentlichen Veranstaltungen gesungen wird, diese vierte Strophe ist aus meiner Sicht ein bestehender und auch weiterhin zu bestehen habender Teil der Kärntner Landeshymne. Dass Grenzen, die mit Blut geschrieben worden sind, immer wieder zu Diskussionen führen, ist ein Wesen der Demokratie. Ich verweise aber darauf, dass es weitaus, ich sage, kritikwürdigere Texte gäbe, wenn Blut in Verbindung von Krieg et cetera, der aus meiner Sicht nie zu verherrlichen ist, aber immer auch als ein historischer Bestandteil zu Veränderungen geführt hat, mit zu berücksichtigen ist, weil er eben geschichtsprägend ist. Dass wir beispielsweise in weitaus bekannteren Hymnen, wie der Marseillaise, weitaus blutrünstigere Textpassagen haben, die in etwa lauten können, „indem die Ackerfurchen mit Blut getränkt werden“, in dem Vergleich, glaube ich, muss man auch das Kärntner Heimatlied und die Bemühungen, die dahintergestanden sind, sehen.

Die zweite Frage lautet: Haben Sie diesbezüglich Kontakt zu Rektor Vitouch aufgenommen und ein Gespräch mit ihm über sein Ansinnen geführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? - Es hat einige Reihen von Gesprächen immer wieder im Sinne unserer politischen beziehungsweise seiner rektorellen Tätigkeit gegeben. Er hat meine Meinung, dass ich das im Unterschied zu ihm als identitätsstiftend für die Kärntner Bevölkerung sehe, zur Kenntnis genommen. Ich hingegen akzeptiere, dass er eine andere Meinung hat. Ich werde meine Argumente immer wieder ins Treffen führen. Ich denke, dass sie auch in der Mehrheit ähnlich gesehen werden, wie ich es gesehen habe. Um das Ganze aber auch zu dokumentieren, hat er am 09. Mai 2017, als es das erste Mal aufgekommen ist, eine von mir gerichtete Antwort darauf bekommen.

Gibt es Pläne, so lautet die dritte Frage, die vierte Strophe der Kärntner Landeshymne abzuändern? Wenn ja, welche? - Ich kann nur sagen,

von meiner Seite her gibt es keine Pläne, irgendetwas zu verändern. Das ist, glaube ich, auch der logische Sukkus aus dem bisher von mir Gesagten.

Die Frage vier: Haben Sie Bedenken dagegen, dass in der vierten Strophe der Kärntner Landeshymne der Kärntner Freiheitskampf gewürdigt wird? - Auch hier bereits beantwortet, keine Bedenken. Der Kärntner Abwehrkampf ist eine historische Tatsache. Diese historische Tatsache wird auch in zwei Jahren in besonderer Form so wie alle Jahre traditionell bei der 100-Jahre-Volksabstimmungsfeier ebenso gewürdigt werden, weil er am Beginn einer Entwicklung steht, die Kärnten von einer ehemaligen Kriegsregion heute hin zu einer Friedensregion Europas, eine der größten zusammenhängenden geführt hat. Ich glaube, das ist Vermächtnis und Verdienst auch im Sinne vieler, die damals bereit waren, ihr Leben für Kärnten zu geben.

Die fünfte Frage lautet: Würde eine Streichung oder Abänderung der vierten Strophe der Kärntner Landeshymne nicht eine Verdrängung der eigenen Geschichte des Landes bedeuten? - Nachdem es keine Pläne gibt, keine Absicht gibt, die vierte Strophe zu verändern, stellt sich diese Frage dazu nicht.

Dann gibt es noch die abschließende sechste Frage: Gibt es Pläne, die Kärntner Landeshymne um eine fünfte Strophe zu erweitern? Wenn ja, wie weit sind diese Pläne gediehen und wie sehen sie aus oder welche Notwendigkeit gibt es, um eine fünfte Strophe anzufügen? - Ich habe das als eine Idee, die auch der geschätzte Landtagsabgeordnete Köfer einmal genannt hat, als Idee im Raum stehen lassen. Ich kann nicht für immer und ewig, nur weil ich die Funktion des Landeshauptmannes habe, ausschließen, dass einmal eine breite Masse der Meinung sein sollte, ja, es wäre wieder Zeit, nach 1930 im Jahre 20-X eine weitere Strophe hinzuzufügen, die beispielsweise, so wie wir es gestern gehört haben, auch bei den Visionen, die man für Kärnten haben kann, auch sehr wohl ihren Widerhall finden könnte. Derzeit haben wir vier Strophen, das ist gut so. Ich glaube, wir bekennen uns alle gemeinsam zu diesen vier Strophen der Kärntner Landeshymne, die, wie gesagt noch einmal, und das ist mir wichtig, identitätsstiftend ist! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – KO Darmann meldet sich zur Geschäftsordnung.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zu Wort gemeldet zur Geschäftsordnung hat sich der Klubobmann Darmann. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke vielmals! Ich beantrage zur Anfragebeantwortung eine Debatte in der nächsten Landtagssitzung!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Ich lasse über die Frage der Debatte in der nächsten Landtagssitzung abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen und wird sich daher in der nächsten Landtagssitzung wiederum auf der Tagesordnung finden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 17:

17. Ldtgs.Zl. 117-1/32:

Mündliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Klubobmannes Darmann betreffend Diversionen im Landesdienst seit 2013

Herr Landeshauptmann, ich darf dich bitten, diese Frage zu beantworten!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Sehr gerne, Herr Präsident! Auch diese Anfrage vom Klubobmann und seinem Stellvertreter, Mag. Leyrouz, beantworte ich in der bereits von Ihnen jetzt gewohnten Form.

Die erste Frage lautet: Wie viele Mitarbeiter im Landesdienst hat es seit 2013 gegeben, gegen welche ein Strafverfahren eingeleitet wurde und welches mit einer Diversion abgehandelt wurde? - Der Dienstbehörde wurden seit 2013 insgesamt drei Fälle zur Kenntnis gebracht, in denen gegen Bedienstete des Landes Kärnten Strafverfahren eingeleitet wurden, welche mit einer Diversion geendet haben. Die Untergliederung der Frage, „ist in diesen Fällen ein Schaden für das Land

entstanden und wer hat den etwaigen Schaden im jeweiligen Einzelfall festgestellt“, beantworte ich wie folgt: In einem von drei dieser Fälle wurde von Seiten der Organisationseinheit Personalangelegenheiten des Amtes der Kärntner Landesregierung ein finanzieller Schaden festgestellt und eine Schadenshöhe ermittelt.

Die nächste Frage lautet: In wie vielen Fällen hat sich das Land Kärnten als Privatbeteiligter im Strafverfahren angehängt? - In diesem einen von mir bereits jetzt angeführten Fall hat sich das Land Kärnten auch als Privatbeteiligter dem Strafverfahren angeschlossen.

Die nächste Frage lautet: Wie lautete im Einzelfall die Begründung mit einem erfolgten oder nicht erfolgten Anschluss als Privatbeteiligter? - Dazu antworte ich: Primär erfolgte der Anschluss als Privatbeteiligter, um im Strafverfahren die Parteienrechte zu erlangen und über den Stand des Verfahrens informiert zu sein. Das war auch die Begründung in diesem Fall.

Die nächste Frage lautet: Gab es auf Basis der diversionellen Erledigung auch privatrechtliche Schritte gegen die jeweilige Person und wie wurde dies im jeweiligen Einzelfall begründet? - Diversionelle Erledigungen stellen keine ausreichende Basis für privatrechtliche Schritte dar, wie die beiden Juristen als Fragesteller wahrscheinlich wissen werden. Im Gegensatz zu rechtskräftigen Urteilen von Strafgerichten beinhalten Diversionen keine Tatsachenfeststellungen – und das ist wesentlich! – keine Tatsachenfeststellungen, die mit einem Gerichtsurteil oder Ähnlichem gleichzusetzen wären, an die Gerichte und Behörden, sodass diese an diese Tatsachenfeststellungen auch nicht gebunden sind.

Die letzte Frage: Gab es Konsequenzen, insbesondere dienstrechtliche für die jeweilige Person und wie wurde dies im Einzelfall begründet? - In zwei Fällen wurde aufgrund der Schwere der Dienstpflicht-Verletzung und aus spezial- und generalpräventiven Überlegungen von der Dienstbehörde Disziplinaranzeige an die Disziplinarkommission für Landesbeamte beim Amt der Kärntner Landesregierung erstattet. In einem Fall wurde nach den Bestimmungen des § 114 Abs. 2 vorgegangen, weil von der Dienstbehörde eine Ermahnung als ausreichend angesehen werden konnte.

Kaiser

Soweit die Beantwortung der an mich gestellten Fragen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt 17 erledigt.

Wir kommen zur Mitteilung über den Einlauf des heutigen Tages.

Mitteilung des Einlaufes

Es gibt zwei zu verhandelnde Dringlichkeitsanträge. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, den ersten zu verhandelnden Dringlichkeitsantrag entsprechend zu verlesen!

A) Dringlichkeitsanträge:

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**Ldtgs.Zl. 210-4/32:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs und des ÖVP-Klubs betreffend Kooperation des Klinikums Klagenfurt mit dem von der AUVA betriebenen Unfallkrankenhaus Klagenfurt** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Gesundheitsministerin ehestmöglich ihre Zustimmung zur geplanten Kooperation des Klinikums Klagenfurt mit dem von der AUVA betriebenen Unfallkrankenhaus Klagenfurt erteilt.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit, nachdem es in der Aktuellen Stunde schon ausführlich diskutiert wurde, liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich lasse über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Diese ist einstimmig zuerkannt worden.

Ich lasse über die Materie abstimmen, über den Inhalt des Dringlichkeitsantrages. Wer diesem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ordnungsgemäß erledigt.

Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, diesen zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**Ldtgs.Zl. 117-3/32:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Reduzierung der Dienstzeit-Höchstgrenzen im Landesdienst von 13 auf 12 Stunden sowie Verankerung des Freiwilligkeitsprinzips für das Leisten von Überstunden**

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, analog zu der von der Bundesregierung vorgelegten Regelung zur Arbeitszeitflexibilisierung eine Novellierung des Kärntner Dienstrechtsgesetzes K-DRG 1994 und des Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetzes K-LVVG 1994 vorzunehmen, um dadurch zu erwirken, dass es zu einer Reduzierung der Dienstzeiten-Höchstgrenzen im Landesdienst von 13 auf 12 Stunden kommt sowie dass das Freiwilligkeitsprinzip für das Leisten von Überstunden und die Wahlfreiheit hinsichtlich der Abgeltungsart (Freizeit/Bezahlung) in den oben genannten Gesetztestexten verankert wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Staudacher von den Freiheitlichen. Ich erteile ihm das Wort und verweise auf drei Minuten Redezeit!

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätztes Hohes Haus! Einleitend gestatten Sie mir ein paar Worte, die mir persönlich wichtig sind! Geschätzte Damen und Herren, insbesondere der SPÖ: Ich bin wirklich fassungslos, mit welchen Mitteln Sie agieren! Sie rufen zur polemischen Hetze auf, ausgetragen auf dem Rücken der Arbeitnehmer und bewegen die Republik in eine Situation, die aus meiner Sicht gefährlich ist! (*Abg. Scherwitzl: Oder wer? – Abg. Tiefnig: Oder wer?*) Denn mit Verlaub: Wenn sich heute in der politischen Auseinandersetzung vor Abgeordneten-Türen Pflastersteine wiederfinden, mit Morddrohungen hantiert wird und öffentlich zum Klassenkampf aufgerufen wird, dann sind wir auf einem Weg des politischen Diskurses, der in dieser sensiblen Materie nichts verloren hat! (*Abg. Scherwitzl: Was hat die SPÖ damit zu tun?*) Zum Zweiten, Herr Stellvertretender Klubobmann, etwas aus dem Nähkästchen geplaudert von jemandem, der im Unterschied zum Großteil Ihrer Gewerkschaftsrepräsentanten eines Handwerks mächtig ist, dieses ausübt und das Baustellen-Leben bestens kennt: Auf den Baustellen war es schon vor zehn Jahren gelebte Praxis, dass ein 12-Stunden-Tag gemacht wurde, und zwar aus einem Grund, weil wir froh waren, wenn wir die Möglichkeit hatten, am Donnerstag am Abend nach Hause zu fahren und das Wochenende mit unseren Familien zu verbringen! (*3. Präs. Lobnig: So schaut's aus! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Und ich sage Ihnen noch etwas zur gelebten Praxis, geschätzte Damen und Herren! Jeder Unternehmer in dieser Republik im Zuge dessen und wohl wissend, dass der Facharbeiter-Mangel evident ist, wird seine Mitarbeiter logischerweise bestens hofieren, damit er auch in Zukunft erfolgreich ist! Das geht nur im konsensualen Weg, Unternehmer und Mitarbeiter, Kollege Lipitsch! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. – Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion.*) Und glauben Sie mir, gehen Sie hin-

aus in die Baucontainer, reden Sie mit den Leuten und tun Sie nicht „champagnisieren“ in irgendwelchen Bonzen-Strukturen, (*Zwischenruf von Abg. Lipitsch.*) dann werden Sie sehen, was die wahren Probleme draußen vor Ort bei den dementsprechenden Persönlichkeiten sind! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. – Abg. Köchl: Du bist ein Konzern-Abgeordneter! – Abg. Lipitsch: Ja, genau! Bravo!*)

Abschließend, Herr Landeshauptmann, das ist mir auch wichtig: Wenn Ihnen die ganze Thematik rund um den 12-Stunden-Tag so wichtig ist und das keine heuchlerische Polemisierung ist, dann ändern wir doch in Kärnten die Problematik, dass dort 13 Stunden möglich sind! Dann ändern wir doch in Kärnten, dass heute die Überstunden angeordnet werden und nicht flexibel sind! (*LH Kaiser: Macht es mit den Sozialpartnern!*) Passen wir das doch dementsprechend an, so wie es die Bundesregierung machen wird, (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*) nur freiwillig und nicht auf Anordnung! Stellen wir endlich sicher, dass die Arbeitnehmer in Kärnten im Landesdienst nicht benachteiligt sind! (*Zwischenruf von Abg. Lipitsch.*) Ich würde bitten, stimmen Sie der Dringlichkeit zu und machen wir das in diese Richtung, damit wir hier dementsprechend auch eine Besserstellung zum Besten geben! (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion.*) Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Scherwitzl meldet sich zur Geschäftsordnung.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Klubobmann-Stellvertreter Andreas Scherwitzl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich weise mit aller Entschiedenheit zurück, dass die SPÖ irgendetwas mit Morddrohungen oder Ähnlichem zu tun hat, (*Abg. Trettenbrein: Der größte Zünder!*) insbesondere nicht die Kärntner SPÖ, damit das auch für das Protokoll klargestellt ist! Ich beschränke mich in meiner Geschäftsordnungswortmeldung auf diese Bemerkung und möchte die Ansprache des „Blinden von der Farbe“ nicht weiter kom-

Scherwitzl

mentieren! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Pirolt: Ich würde die Bonzen-Strukturen auch noch zurückweisen!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zur Begründung der Dringlichkeit vorgemerkt habe ich den Abgeordneten Stefan Sandrieser. Ich erteile ihm das Wort! Ich verweise auf die Redezeit von drei Minuten.

Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Regierungsmitglieder! Kolleginnen und Kollegen! Auch die Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause! Geschätzter Herr Staudacher und Herr Klubobmann, ich gehe davon aus, dass Sie den § 34 des Niederösterreichischen Landesvertragsbedienstetengesetzes kennen oder den § 23a des Oberösterreichischen Landesvertragsbedienstetengesetzes – (*Abg. Trettenbrein: Kennst du ja auch nicht! Das haben sie für Sie herausgesucht!*) - ich habe es selber herausgesucht – oder den § 51 des Oberösterreichischen Gemeindebedienstetengesetzes? Ich gehe davon aus, dass Sie den ganz genau kennen. Alle diese Paragraphen lauten nämlich gleich. (*KO Darmann: Sind wir in Kärnten?*) - Darf ich ausreden? (*KO Darmann: Bitte, du hast das Mikro!*) Alle Paragraphen Absatz 1 lauten nämlich gleich, die Tagesdienstzeit darf 13 Stunden nicht überschreiten. Sie wissen auch ganz genau, warum das so ist. Es hat nämlich bis Ende der 90er-Jahre in der Legislative das Homogenitätsprinzip gegeben, das heißt, die Abstimmung der Gesetze zwischen Bund und Ländern und deswegen lauten diese Gesetze, wenn sie nicht geändert worden ist, noch immer so. Der Unterschied in diesen Gesetzen ist der: Dort wissen die Menschen, wann sie lange arbeiten. Sie wissen das oft ein halbes Jahr, Monate vorher. Sie können sich darauf einstellen, sie können ihre Familienplanung in diese Richtung machen, (*Abg. Trettenbrein: Geh' einmal hinaus in die Straßenmeistereien!*) sie kriegen es auch abgegolten. Sie kriegen die Zulagen abgegolten, entweder finanziell, monetär oder in Zeit, und das ist der große Unterschied! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – KO Darmann: Lesen! Lesen!*) Und Sie stellen sich da her, Herr Darmann, mit einem Gesetz, zitie-

ren das Kärntner Gemeindebedienstetengesetz – (*KO Darmann: Lesen! Lesen!*) - darf ich ausreden? – und Sie sagen ganz das Gleiche. Das Gemeindebedienstetengesetz haben Sie auch hergehalten. Sie sagen, das ist im „Kaiser-Land“ passiert, im „SPÖ-Land“, so eine Katastrophe, so ein Wahnsinn! Dabei wissen Sie ganz genau, warum das zustande gekommen ist und was das auch für eine Bedeutung für die Bediensteten hat! (*KO Darmann: Dreifach nominiert mit euren Stimmen!*) Geschätzter Herr Klubobmann Darmann, heute habe ich mir die Worte aufgeschrieben, die von der FPÖ gekommen sind. Es ist von Ablenkung gesprochen worden, von Radau, Panikmache, Feuer legen und (*KO Darmann: Einen Spiegel vorhalten!*) die Feuerwehr rufen. In Wirklichkeit, denke ich mir, das ist genau das, was ihr immer schon tut, auf Bundesebene, auf Landesebene. Und ich denke mir, so wie der Schelm denkt, so schreit er dann halt auch im Landtag. Und das ist eigentlich eine Katastrophe! Sie missbrauchen den Kärntner Landtag, um auf dem Klavier der gekränkten Eitelkeit der Opposition zu spielen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Und es ist mehrfach gesagt worden, das ist natürlich auch Ihr Recht als Oppositionspartei da herinnen., aber das ist fast ein bisschen durchsichtig (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*) und ich bin sicher, dass das auch die Menschen sehen.

Und jetzt darf ich auch noch etwas zum Dringlichkeitsantrag sagen, weil das da gut dazu passt. Sie wissen ganz genau, dass im Regierungsprogramm drinsteht, dass derzeit auch im Plan ist und bereits gearbeitet wird an einer Dienstrechtsreform, an einer Besoldungsreform für die Landesbediensteten. Die wird den ganzen Bereich der Landesbediensteten beanspruchen, auch betreffen und deswegen finde ich überhaupt nicht, dass da eine Dringlichkeit gegeben ist. Und wir werden auch seitens der SPÖ dem Antrag nicht zustimmen! Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über die Zuerkennung der Dringlichkeit zu diesem vorliegenden Antrag abstimmen. Wer dem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein

Ing. Rohr

Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der neun anwesenden Freiheitlichen Abgeordneten nicht die (1. LH-Stv. *Prettner mit Blick auf Abg. Pirolt: Du hast nicht aufgezeigt!*) – Pirolt hat nicht aufgezeigt? (*Abg. Pirolt: Doch! Ich habe schon zweimal aufgezeigt!*) - Wohl, hat aufgezeigt – mit den Stimmen der neun anwesenden Freiheitlichen Abgeordneten nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Ich weise diesen Antrag daher dem zuständigen Ausschuss für Rechts- und Verfassungsangelegenheiten zu.

Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, diesen zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 75-20/32:

Selbständiger Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs vom 06.07.2018 gemäß § 27b K-LTGO auf Überprüfung durch den Landesrechnungshof betreffend die Rechtsträger Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (KAF), Kärntner Beteiligungsverwaltung (KBV), Kärntner Landesholding-Nachtragsverteilungsmasse, Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds (KWF) und Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (BABEG) sowie die neue Abteilung „Digitalisierung“ im AKL

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich weise diesen Antrag dem zuständigen Kontrollausschuss zu und darf um die weitere Verlesung der eingelangten Anträge beziehungsweise schriftlichen Anfragen bitten.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

2. Ldtgs.Zl. 74-2/32:

Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Kunstprojekt „Bäume im Stadion“

Zuweisung: Ausschuss für Kultur, Sport und Europa

C) Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 75-21/32:

Schriftliche Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Landeshauptmann Kaiser betreffend Befangenheit von Landesrat Zafoschnig und rechtliche Konsequenzen

2. Ldtgs.Zl. 75-22/32:

Schriftliche Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaubnig-Kandut betreffend BABEG: Geschäftsjahre 2016 bis dato

3. Ldtgs.Zl. 75-23/32:

Schriftliche Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaubnig-Kandut betreffend Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (KAF): Zeitraum 2016 bis dato sowie insbesondere Jahresbericht 2017

4. Ldtgs.Zl. 74-3/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Köfer an Landeshauptmann Kaiser betreffend Bäume im EM-Stadion

5. Ldtgs.Zl. 33-6/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Köfer an Landeshauptmann Kaiser betreffend Wohnatelier des Landes Kärnten in Paris

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir die Tagesordnung der heutigen verlangten Landtagssitzung abgearbeitet. Wir haben 18 bei mir eingelangte Wortmeldungen erledigt. Bitte noch kurz um Aufmerksamkeit, bevor alle aufspringen und davonlaufen! Ich möchte mündlich einladen zur nächsten Sitzung des Landtages, zur 7. Landtagssitzung am kommenden Donnerstag, dem 12. Juli. Die diesbe-

zügliche Einladung wird heute noch auf dem elektronischen Weg an alle Damen und Herren Abgeordneten verschickt. Wir werden so wie üblich diese Landtagssitzung um 09.00 Uhr starten. Die dazu vorbereitende Präsidiale für diese Landtagssitzung wird am Dienstag, dem 10. Juli, um 11.00 Uhr, eingeladen. Damit ist die Information und alles, was zu sagen war, erledigt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag und ein gutes Nachhausekommen! Die Sitzung ist geschlossen!

Ende der Sitzung: 11.19 Uhr